

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1930**

13.3.1930 (No. 71)

# Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.50 Mk. frei ins Haus, 2.70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, 2.80 Mk. durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Sonntags und Feiertags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

**Hauptorgan der badischen Zentrumspartei**

Er erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung  
Beilagen: Rund u. Wissen, Eisenrundschau, Blätter für den Familienisch, Was der kathol. Welt, Sportbeilage Deutsche Tageszeitung, Illust. Kutschbeilage, Illustrierte Woche, Gesellschaftliche, Redaktion u. Verlag: Eintracht, 17-21 Fernspr.: Geschäftsstelle 6233, Redaktion 6236, Verlag 6237. Druckerei: Beobachter, P.M. Heckschmidt Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Beleganzeigen 8 Pfg. Die 3 gesp. 27 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 60 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsunrichtigkeiten, unangemessener Einzahlung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5/2 Uhr. — Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Nr. 71 (12 Seiten)

Karlsruhe, Donnerstag, den 13. März 1930

68. Jahrgang

## Verabschiedung der Younggeseze

Mit 270 gegen 192 bei 3 Enthaltungen — Der Polenvertrag angenommen — Eine Erklärung  
Dr. Brüning

Berlin, 12. März. Auf der Tagesordnung steht die 3. Beratung der Younggeseze. Die Redezeit beträgt 3/4 Stunden.

### Reichskanzler Müller

führt aus: Bei den langwierigen Verhandlungen um dieses Werk war für Deutschland die Befreiung der Rheinlande sowie die neue Regelung der Reparationsfrage das Ziel. Die Reichsregierung ist sich auch jetzt nachdrücklich für eine gleichzeitige Verabschiedung aller dieser Gesetzentwürfe ein. Sie hat in keinem Stadium der Verhandlungen ein Hehl daraus gemacht, daß der Sachverständigenplan und die zu seiner Durchführung getroffenen Abkommen auch nach ihrer Ueberzeugung hinter den berechtigten Erwartungen Deutschlands weit zurückbleiben und daß die Kritik in manchen Punkten leider berechtigt ist. Ausschlaggebend muß für uns aber bleiben, ob das Ergebnis als Ganzes dem deutschen Gemeinwohl förderlich ist oder nicht. Die Reichsregierung erklärt mit voller Ueberzeugung, daß sie in der Neuregelung einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand der Dinge erblickt.

Die Regelung der Reparationsfrage, wie sie jetzt vorliegt, befreit die deutsche Wirtschaft von dem lähmenden Zustand der Unsicherheit der wirtschaftlichen Zukunft.

Trotz der außerordentlich schweren Lasten des neuen Planes ist die Reichsregierung überzeugt, daß der Versuch der Durchführung nicht zum Nachteil Deutschlands ausfallen wird aus der bestimmten Erwartung heraus, daß auch die Gläubigermächte ihre Verpflichtungen nicht minder eifrig durchführen werden als Deutschland.

Man hat den Vorwurf erhoben, daß das Haager Abkommen Deutschland Zusatzleistungen auferlege, die der Sachverständigenplan selbst nicht vorsah, nämlich die rund 400 Millionen aus der Uebergangszeit, den Gegenwert für das verloren gegangene Staatsvermögen in Polen und die Liquidationsüberschüsse. In allen drei Fällen kommen jedoch Mehrleistungen über die Annuitäten der Sachverständigen hinaus nicht in Frage. Der Youngplan enthält nichts darüber, daß wir ein Recht haben sollten, jene Beträge von den Jahresleistungen abzuziehen. Zu den Beträgen aus der Uebergangszeit hat der Youngplan überhaupt keine Bestimmungen getroffen, weil die gegnerischen Sachverständigen schon damals Deutschland das Recht auf die Ueberschüsse bestritten und die Sachverständigen deshalb nicht einzig werden konnten. Zur Anrechnung des Staatsvermögens erklären sämtliche Sachverständige, daß die Abrechnungen zwischen der Reparationskommission und Deutschland über die vor der Zeit des Dawesplanes liegenden Vorgänge zusammen mit — und das wird oft übersehen — allen Abrechnungen, die Entschärfen auf die ursprüngliche Kapitalkapitalbedingen, gegenstandslos werden sollten. Dadurch war Deutschland jede Möglichkeit genommen, an Polen noch irgend welche Forderungen zu stellen. Ebenso wenig gab uns der Sachverständigenbericht eine ausreichende Grundlage, um die Ueberweisung der Liquidationsüberschüsse an Deutschland zu verlangen.

Die Verträge, die Deutschland auszusprechen mußte, haben ihre Grundlage in einer Empfehlung der Sachverständigen der Gläubigermächte, der die deutschen Sachverständigen keinen ausdrücklichen Widerspruch entgegenzusetzen konnten. Es ist der Regierung aber wenigstens gelungen, die Beschränkung auf eine erheblich andere Fassung zu erweitern und die Frage für Polen aus dem Youngplan herauszunehmen und in ein Sonderabkommen einzufügen, das uns auf nationalpolitischem Gebiet Gegenleistungen gewährt.

Auch die Zahlungen auf die belgischen Markforderungen sind keine Zusatzleistungen. Die Sachverständigen nutzten selbst den belgischen Mitgliedern die Unterzeichnung ihres Berichts nur unter der Voraussetzung zu, daß eine Vereinbarung über die Markforderungen erzielt werde.

Kein Mensch in der Welt kann heute mit ehrlicher Ueberzeugung die Auswirkungen des Youngplanes prophezeien. Wir können nur feststellen, daß Deutschland den neuen Plan mit der aufrichtigen Bereitschaft, ihn durchzuführen, annimmt, und daß es sein Bestes tun wird, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Reichsregierung sieht um so mehr für ihre Unterzeichnung ein, als das Vertragswerk selbst die Entwicklungsmöglichkeiten enthält, die im Interesse der Verwaltung des deutschen Wirtschaftslebens eingeschaltet werden mußten. Alle ausländischen Kontrollen werden wegfallen.

Die Finanzpolitik Deutschlands ist in Zukunft frei.

Alle Mißverständnisse und Zweifel in der Sanktionsfrage sind unbegründet. Durch die Beseitigung der Reparationskommission und durch die Einführung der Organe des neuen Planes ist dem Sanktionsystem des Vertrages von Versailles der Boden entzogen. Das Abkommen ist von der Sonderhaftung befreit. Alle Streitfragen sind künftig vom

Schiedsgericht zu entscheiden. Die Bestimmungen des Planes darüber sind erlöschend, jedoch daneben irgendwelche anderen Befugnisse der Gläubiger nicht in Betracht kommen.

Die Räumung der besetzten Gebiete ist mit der Annahme der vorliegenden Gesetze gesichert. Erhöhten Sinnes sehen wir dem Tag entgegen, an dem wir die Befreiung der Rheinlande feierlich begehen und den Rheinländern für ihre Treue und die dem Vaterland gebrachten Opfer danken können. Bedauerlich bleibt allerdings, daß die Saarverhandlungen noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. Ich bin der festen Hoffnung, daß der Befreiung der Rheinlande und der Pfalz bald die des Saargebietes folgen wird.

Das Finanzprogramm der Regierung vom Dezember wurde durch die Notwendigkeit verstärkter Schuldentilgung hinausgeschoben.

Aber im Sinne dieses Programms erklärt die Reichsregierung erneut

daß Deutschlands Wirtschaft dringend der Entlastung bedarf, die zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen muß.

Als Grundtat für den außerordentlichen Haushalt hat die Regierung festgesetzt:

1. Neue außerordentliche Ausgaben dürfen künftig nur in den Haushalt eingestellt werden, wenn die Deckung feststeht.
2. Vorläufig darf ein neuer Anleihebedarf erst dann wieder in dem Haushalt eingestellt werden, wenn der alte endgültig abgedeckt ist.
3. Alle Verpflichtungen dürfen nur im Rahmen der vom Reichsfinanzminister bereitgestellten Mittel eingegangen werden.

## Eine ernste Stunde

Bis zum letzten Augenblick auf des Messers Schneide

Dr. Sch. Berlin, 12. März. (Fig. Drahtber.)

Punkt 12 Uhr begann die heutige Reichstagsitzung, in der eine politische Entscheidung von größter Tragweite fallen und Verträge angenommen werden sollten, die nach der Auffassung der Regierung und der Mehrheit der Parteien einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand bedeuten. Obwohl eine Mehrheit für die Younggeseze von vornherein feststand, ist der Reichstag heute wie schon seit langem nicht mehr Gegenstand der allgemeinen Spannung gewesen. Schon lange Zeit vor Beginn der Plenarsitzung hatten sich in der Umgebung des Reichstagsgebäudes zahlreiche Neugierige versammelt, um der Auffahrt der Politiker, der Regierungsmitglieder und der Abgeordneten beizumohnen. Zwischen ging es in den Fraktionen und in den Besprechungen aller Art um die letzte folgenreichere Entscheidung. Es gab nur eine Situation, die der heutigen ähnlich war, nämlich den Augenblick, als die Dawesgeseze im Jahre 1924 angenommen wurden. Auch heute, ebenso wie damals, stand alles bis zum letzten Augenblick auf des Messers Schneide. Der Youngplan war zwar nicht gefährdet, wohl aber das deutsch-polnische Liquidationsabkommen, für das in der zweiten Lesung eine geringe Mehrheit zustande gekommen war. Diese Mehrheit war heute zunächst gefährdet und bei der engen Verbindung, die die Regierung unverständlichweise zwischen Youngplan und Liquidationsabkommen hergestellt hatte, hätte die Ablehnung des deutsch-polnischen Abkommens zu unübersehbaren Folgen führen können. Die Regierung hatte aus der Annahme eine Kabinettsfrage gemacht, vom Reichspräsidenten wußte man, daß er den Vertrag dem Volkstisch zu unterbreiten die Absicht hatte, falls seine Annahme mit einer knappen Mehrheit zustande kommen würde.

In dieser Situation verlangte die Bayerische Volkspartei, die sich gestern der Stimme enthalten hatte, daß vor den Abstimmungen die Unterschriften unter formelle Vereinbarungen über das in den letzten Tagen von den Weimarer Parteien aufgestellte Finanzprogramm erfolgen müsse. Nur dann wäre es der Bayerischen Volkspartei ermöglicht, nicht gegen die Gesetze zu stimmen. Man versuchte zunächst, den Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei die Zustimmung durch Erfüllung ihrer Forderung zu ermöglichen, aber so schnell, wie die Bayerische Volkspartei es verlangt hatte, war die Garantie dafür, daß der § 35 des Finanzausgleichsgesetzes nicht angefaßt werden soll, nicht zu erzielen. Man wollte um halb 6 Uhr zu finanzpolitischen Beratungen zusammentreten. Das war aber nicht mehr möglich, denn bereits hatten im Plenum die Abstimmungen begonnen.

Nur dem Verantwortungsbewußtsein derjenigen Parteien, die die großen Gesichtspunkte allen übrigen Interessen voranstellten, war es zu danken, daß der

Eine ruhige Fortführung der deutschen Gesamtwirtschaft, ihre Entlastung durch den neuen Plan, die geplante Steuerreform, sowie die eingeleiteten Maßnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft sind die Grundlage, von der aus die Reichsregierung am Wiederaufbau unseres Vaterlandes weiterarbeitet. Sie fordert dazu die Mitarbeit des Deutschen Reichstages, die ihr nicht verweigert werden darf, wenn das deutsche Volk nicht schweren Schaden erleiden soll.

Nach dem Kanzler gab Abg. D a u d (D.D.P.) für die Regierungsparteien eine Erklärung ab, die die Haltung der englischen Regierung beim Liquidationsabkommen bedauert und die großen Bedenken hervorhebt, mit denen die Mehrheit gezwungenermaßen diesem Abkommen zustimme.

Namens des Zentrums sprach

### Abg. Dr. Brüning:

Die Besprechung unserer Erklärung in der Presse der Rechte zeigt uns, daß das Zentrum den richtigen Weg gegangen ist. Mit leichtem Herzen wird keiner dem Youngplan zustimmen. Selbst die Freude und der Jubel über die Befreiung des Rheinlandes sind nicht ungenügend, denn wir wissen, daß auch jetzt das Rheinland sich der gleichen Souveränität erfreut, wie alle übrigen Gebiete des Reiches. Entscheidend für unsere Haltung zum Youngplan sind wirtschaftliche Ueberlegungen. Diese Ueberlegungen nötigen uns zu der Anerkennung, daß mit dem neuen Plan ein Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustand erreicht wird.

Die deutschen Unterhändler in Paris und im Haag standen Gegnern gegenüber, die ihre größere politische Macht auch ausnutzten. Die moralische Verantwortung

Polenvertrag angenommen und eine Stunde schwerer Krise vermieden wurde.

Man muß in diesem Zusammenhang mit Bedauern feststellen, daß die Bayerische Volkspartei in den letzten Tagen eine Politik getrieben hat, die man bei allem guten Willen und bei völliger Verständnis für die Sonderinteressen Bayerns nicht mehr verstehen kann. Es ging hier doch zu stark um solche Sonderinteressen, die in der Stunde schwerster Entscheidung in diesem Ausmaß nicht mehr berechtigt sind. Entsprechend war die Haltung der Bayerischen Volkspartei bei der Abstimmung. Sie fiel völlig auseinander, denn ihre Mehrheit stimmte gegen die Gesetze, setzte sich aber für deren Dringlichkeit ein und enthielt sich, als es sich um die Vertrauensfrage für die Regierung handelte, der Stimme. Etwas Wertwürdiges hat man in der parlamentarischen Geschichte noch selten erlebt.

Den Abstimmungen voraus ging eine Rede des Reichskanzlers, der das Haager Abkommen würdigte, seine Vorteile heranstellte, aber auch mit aller Deutlichkeit dessen Unvollkommenheiten unterstrich. Man braucht der Rede des Reichskanzlers, soweit sie sich auf den Youngplan bezieht, nichts hinzuzufügen, weil er es ehrenlicher Weise nicht unterlassen hat, klipp und klar zu denjenigen Fragen vom deutschen Standpunkt aus Stellung zu nehmen, die vielleicht einmal Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und seinen früheren Gegnern werden könnten. In all diesen Problemen gibt es für Deutschland nur eine Auffassung, diejenige nämlich, die der Reichskanzler vorgetragen hat und die durch zwei Anträge unterstrichen wird, die der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Dr. Brüning für die Regierungsparteien einbrachte. Man hätte nur wünschen mögen, daß sich der Reichskanzler bezüglich der Konsequenzen, die sich für unsere Finanz- und Wirtschaftspolitik aus dem Youngplan ergeben müssen, noch entschiedener geäußert hätte.

Das kam auch in den Ausführungen des Zentrumsvredners zum Ausdruck, der noch einmal mit aller Entschiedenheit betonte, daß das Zentrum mit all seinen Kräften auf eine gesunde Finanzpolitik zusteuern werde. In dieser Richtung liegen, nachdem die außen- und reparationspolitischen Entscheidungen gefallen sind, die entstehenden Aufgaben. Die heute beschlossenen Gesetze gehen, wenn morgen der Reichsrat sein letztes Wort gesprochen hat, dem Reichspräsidenten zu. Der Reichspräsident hat über das, was er zu tun gedenkt, zwar noch nichts verlauten lassen, aber seine Forderung, daß die Mehrheit für die Gesetze keine Knappe sein dürfe, ist vom Reichstag heute erfüllt worden, und so dürften die heute in dritter Lesung verabschiedeten Vorlagen binnen kurzem Gesetzeskraft erhalten.

liegt darum nicht bei denen, die den Youngplan hier im Reichstag annehmen, sondern auf der Gegenseite bei denen, die den Sachverständigenplan aufgestellt haben, und bei den Regierungen, die ihn unterzeichnet haben.

Der Youngplan ist kein Vertrag zwischen gleichmächtigen Gegnern, er ist uns gleich einem Diktat, und nur diesem Diktat fügen wir uns. (Beifall.)

Der Redner verliest dann zwei Anträge, die die Regierungsparteien eingebracht haben. Der erste Antrag billigt die Erklärung des Reichskanzlers und wiederholt dann die einzelnen Feststellungen des Kanzlers über die Verpflichtung der beteiligten Regierungen, alle Streitfragen der Auslegung und Anwendung des Neuen Planes der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterstellen, die Ausführungen über die Zerstückung des Planes, über die Funktionen des beratenden Sonderausschusses und über das Moratorium.

Zum Schluß wird erklärt, daß der Reichstag über alle anderen Anträge zur Tagesordnung übergehe.

Der zweite Antrag ist in der Form einer Entschlie- sung eingebracht und weist darauf hin, daß der Neue Plan über rein wirtschaftliche Erwägungen hinaus von den politischen Machtverhältnissen beeinflusst worden ist. Hinsichtlich seiner Durchführung enthält der Plan selbst die notwendigen Sicherungen, die es bei gutem Willen ermöglichen, das Gesetz der wirtschaftlichen Vernunft zur vollen Auswirkung gelangen zu lassen. Darüber hinaus werde Deutschland nicht darauf verzichten, mit allen ihm zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln der Außenpolitik, der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Lage entgegenzuwirken. Zum Schluß wird die Reichsregierung aufgefordert, die deutsche Außenpolitik in diesem Sinne zu führen. (Abg. Graf Döhl): Damit glauben Sie ernst genommen zu werden?

Sie hätten in der Reichskanzlerrede, so sagte Brüning weiter, der wir zustimmen, eine schärfere Formulierung der Erklärung gewünscht, daß die Finanzierung in einem Zeitpunkt erfolgen soll, der nur durch wenige Tage von der Verabschiedung des Youngplanes getrennt ist. Uns ist es mit dieser Forderung absolut ernst. Wir werden die politischen Konsequenzen ziehen bei Verzögerung der Finanzverhandlungen oder bei Schaffung von erneuten Schwierigkeiten.

Wir wollen den Zustand überwinden, der die Konsequenz ist einer übertriebenen Agitation von rechts, eines Wirtschaftspessimismus, der die Arbeitslosigkeit unmöglich macht und ungeheuer viele Existenzen im Mittelstand, Handwerk und Gewerbe vernichtet (Beifall im Zentrum, Unruhe rechts). Es handelt sich jetzt nicht mehr um einen Kampf im Parlament, sondern es geht um das Parlament selbst. Wenn die Uneinigkeit der Parteien über Kapitalien auch weiterhin die Entscheidungskraft des Parlaments lähmt, dann werden die Zweifel an diesem System sich immer weiter im Volke verbreiten. Das Zentrum will nicht dauernd die unangenehme Rolle des Maklers übernehmen. Wir erwarten, daß nach der Entscheidung über den Youngplan die innere Verflechtung aufhört, damit wir vertrauensvoll arbeiten können an einer besseren Zukunft unseres Volkes. (Beifall im Zentrum.)

Von den Oppositionsparteien ist inzwischen der Antrag eingegangen, der im Falle einer Annahme des Youngplanes die Auslegung der Verfündung verlangt.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler eingebracht worden.

Darauf beginnt bei starker Befehung des Saales und der Tribünen um 4.25 Uhr die Abstimmung.

In namentlicher Abstimmung wird Art. 1 des Gesetzes über die Saager Konferenz mit 266 gegen 193 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Dafür haben gestimmt Sozialdemokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten. Die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei haben sich teils der Stimme enthalten, teils gegen die Vorlage gestimmt.

### Die kleine Eva

Roman von E. Frazer-Simson. Copyright bei Georg Müller, München.

12 Für den Augenblick schob Peter seine Gedanken von Sir Samuel weg und konzentrierte sie auf die Gegenwart. Er hatte es mit einer schlauen Bande zu tun und bedurfte aller seiner Geisteskräfte, um sie zu überlisten.

Die Hauptfrage war nun, Eva zu warnen, dann erst handelte es sich um seine eigene Flucht. Lange lag er da und überlegte, was er an Eva schreiben könnte. Eine schwierige Geschichte. Wie weit konnte er gehen, ohne den Argwohn seiner Feinde zu erregen und ihr doch ein Zeichen zu geben? Er kam zu dem Schluß, daß es besser war, die Vorsicht zu über- treiben. Dann fiel ihm etwas ein, was möglicherweise seinen Zweck erfüllen konnte. Besonders glänzend war der Einfall ja nicht. Gätte er mehr Zeit zur Verfügung gehabt, so würde er wohl noch etwas Besseres ausgedacht haben. Aber er war noch kaum mit seinen Gedankengängen zu Ende, als schon sein Gefängniswärter eintrat.

Er brachte Tinte und Feder, einen Briefbogen und einen Umschlag aus Peters eigener Schreibmappe.

Peter blieb ruhig und beherrscht. Zum Scheine weigerte er sich erst, zu schreiben, aber auf die Drohung hin, daß auch Eva entführt werden solle und in gut gekleideter Angst vor dem Revolver des andern, gab er endlich nach.

„Was soll ich schreiben?“ fragte er mürrisch.

„Den selben Brief, den Sie geschrieben hätten, falls Sie glücklich angekommen wären.“

„Komisches Verlangen, wenn man bedenkt, daß ich eben nicht glücklich angekommen bin.“ brummte Peter. „Meber all- fällige Dinge schreiben soll ich, das meinen Sie wohl.“ Er gab sich den Anschein, nachzudenken. Dann schrieb er, was später Eva solches Kopfschütteln verursachen sollte.

Mit der ungewohnten Feder war es leicht, seine Hand- schrift ein wenig zu vertiefen. Während er schrieb, gelang es ihm, die falsche Hausnummer mit dem Fingernagel zu unter- streichen. Etwas mußte doch in diesem Brief Etwas Aufmerk- samkeit erregen!

Nach Annahme der übrigen Artikel wird das Gesetz über die Saager Konferenz, das den Youngplan mit den Nebenab- kommen umfaßt, in namentlicher Schlußabstimmung mit 270 gegen 192 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. (Wut- rufe bei den Kommunisten und rechts.)

Angenommen wird dazu vom Abg. Dr. Brüning verschie- dene Erklärungen der Regierungsparteien über die Außen- politik. Dafür hat auch die christlich-nationale Arbeitsgemein- schaft gestimmt.

Alle übrigen Entschlieungen werden abgelehnt.

Das Reichsbahngesetz wird in namentlicher Schlußabstim- mung mit 299 gegen 156 Stimmen bei 3 Enthaltungen ange- nommen. Dafür hat auch die Wirtschaftspartei gestimmt. Dazu wird eine Ausschüßentschließung angenommen, nach der die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft verpflichtet sein soll, der Reichsregierung einen ausreichenden Überblick über die Wirtschaftsführung zu geben.

Das Reichsbahngesetz wird in der Schlußabstimmung mit 307 gegen 150 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Angenommen wird auch die sozialdemokratische Ent- schließung auf Veröffentlichung der Bezüge des Reichsbank- präsidenten und der Direktorenmitglieder.

Das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen wird in ein- facher Abstimmung angenommen.

Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 236 gegen 217 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

Die Annahme wird mit lauten Pfuirufen der National- sozialisten beantwortet. Für das Abkommen haben die Re- gierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei und einiger Abgeordneter des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gestimmt.

Die Vorlage, in der sämtliche Liquidationsabkommen zu- sammengefaßt sind, wird dann in der namentlichen Schlußab- stimmung mit 256 gegen 194 Stimmen bei acht Enthaltungen angenommen.

Damit ist die mit großer Spannung erwartete Entschlie- dung über alle Teile der Younggegesetzgebung gefallen.

Hierauf kommt der Antrag der Oppositionsparteien auf Aussetzung der Verkündung der Younggesetze

zur namentlichen Abstimmung. Nach Art. 73 der Reichsver- fassung muß die Verkündung eines Gesetzes um zwei Monate ausgesetzt werden, wenn ein Drittel der anwesenden Abgeord-

neten für die Aussetzung stimmt. Für den Antrag der Oppo- sitionsparteien werden 173, dagegen 289 Stimmen abgegeben, das für die Aussetzung erforderliche Drittel ist also erreicht. (Beifall rechts.)

Kunmehr wird in namentlicher Abstimmung mit 283 ge- gen 174 Stimmen bei 4 Enthaltungen der Antrag der Re- gierungsparteien angenommen, der die Younggesetze für dring- lich erklärt. Eine solche Dringlichkeitserklärung hat, wenn sie auch vom Reichsrat bestätigt wird, die Wirkung, daß der Reichspräsident die Verkündung der Gesetze ungeachtet des vorherigen Aussetzungsbefchlusses vornehmen kann.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Reichs- kabinett wird mit 277 gegen 169 Stimmen bei 13 Enthaltun- gen abgelehnt. Einige Mitglieder der Bayerischen Volkspartei enthielten sich der Stimme, während der fraktionsvorstehende Reich gegen den Mißtrauensantrag stimmte.

Um 19 Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Repu- blikgesetzes.

### Gandhi vor dem Auszuge

Ahmedabad, 11. März. Am Vorabend seines Auszuges hielt Gandhi eine Ansprache, in der er sagte, die Teilnehmer an dem Feldzuge der Verneinerung des bürgerlichen Gehor- samts könnten nicht nur selbst Salz herstellen, sondern es auch über Land senden und verteilen. Wer Mut genug habe solle die Bezahlung der Steuern verweigern. Gandhi ermahnte die Anwesenden, den aufgestellten Plan durchzuführen und an die Küste in der Nähe von Surat zu ziehen, um Salz aus dem Meere zu gewinnen. Gandhi ermahnte die Führer im Falle seiner und seiner Begleiter Verhaftung, den Frieden zu wahren und den Weisungen des Arbeitsausschusses des allindi- schen Kongresses zu folgen. Solange seine Anhänger an die Wahrheit glauben, werde es keine Niederlage geben. Dies sei seine letzte Botschaft und sein Testament. Er bete „für den Erfolg der Schlacht, die morgen beginnt“.

In einer Anmerkung zu dieser Meldung weist das Ren- terische Büro darauf hin, daß das Salzmonopol von den indischen Fürsten eingeführt und von den Engländern lediglich über- nommen worden ist.

Weitere Meldungen siehe Seite 11.

## Erwerbung von Kunstwerken der ehemaligen großherzoglichen Familie durch den Staat

Karlsruhe, 12. März. Zwischen dem Lande Baden einer- seits und der ehemaligen Großherzogin Silda von Baden, der Prinzessin May von Baden und deren Kinder andererseits, wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach 511 der dem ehemaligen großherzoglichen Hause gehörigen Kunstwerke der bad. Kunsthalle sowie gegen 25 000 Blätter des Kupferstich- kabinetts in das Eigentum des Landes Baden übergehen. Die Zahlungen für diese Erwerbe sind nach einem, dem Ver- trag angehängten Zahlungsplan auf 21 Jahre verteilt. Ein Darlehen von 200 000 M., das im vorigen Jahre mit Rücksicht auf die schwebenden Verkaufsverhandlungen der Vermögensverwaltung des ehemaligen großherzoglichen Hau- ses einstweilen gegeben wurde, gelangt durch Anrechnung auf den Kaufpreis zur Tilgung. Das Land Baden vergütet an die ehemalige fränk. Großherzogin Silda mit Zustimmung des Markgrafen Verthold, der Prinzessin Maria Luise von Baden, geb. Prinzessin von Großbritannien und Irland, sowie der Prinzessin Marie Alexandra von Hessen, geb. Prinzessin von Baden, einen Betrag von vier Millionen M. Die Zinsberechnung erfolgt aus dem Kapitalbetrag von 3,8 Millionen M., und zwar mit 6 Prozent bis zum 31. Dezember 1937 und von da ab mit 5 Prozent bei jährlichen Annuitäten von 800 000 Mark. In der Vereinbarung sind namentlich aufgeführt Familien- bildnisse, Gemälde fürstlicher Personen, Fürstengedächtnisse und Gedenkblätter, die von der Abtretung ausgenommen bleiben.

Das vormalig großherzogliche Haus erkant aus- drücklich an, daß ihm aus dem durch Gesetz vom 25. März 1919 genehmigten Vertrag keinerlei Auf- merksamkeitspräge gegen das Land Baden zuzufehen.

Das damalige Gesetz hat der ehemaligen großherzoglichen Familie zwecks Auseinandersetzung mit dem Staat ein Kapital von 8 Millionen gewährt. Durch die Inflation ist dieses größtenteils vernichtet. Die Vertreter des großherzog- lichen Hauses haben dieherhalb einen Aufwertungsanspruch geltend gemacht, dessen Berechtigung das Staatsministerium nachdrücklich bestritt. Infolgedessen — wurde die Frage des Verkaufs von Gemälden aus dem Privatbesitz des vormalig- gen großherzoglichen Hauses akut. Dieser Verkauf muß zu- gegeben werden, wenn die finanzielle Notlage der Ver- mögensverwaltung des ehemaligen großherzoglichen Hauses nachgewiesen werden kann. Ein solcher Nachweis wurde ge- liefert. Wegen desselben könnte man es zwar noch auf eine gerichtliche Entscheidung ankommen lassen. Damit würde aber auch der Aufwertungsanspruch wieder zum Gegenstand eines Prozesses gemacht. Um die damit verbundene Schädi- gung wichtiger Landesinteressen zu vermeiden und um ins- besondere der Gefahr eines Verkaufes wertvol- ler Gemälde zu entgehen, sah sich die Staatsregierung genötigt, die vorliegende Vereinbarung abzuschließen, die nach langjährigen Verhandlungen endlich zustandekam.

Der Mann griff danach, als Peter fertig war. Während er die Adresse schrieb, zitterte er, daß jener gegen seine als Warnung gedachten Takte Einpruch erheben könnte.

„Ist das alltäglich genug für Sie?“ fragte er verdrießlich. Der Mann faltete den Brief, ohne eine Antwort zu geben, zusammen, steckte ihn in den Umschlag und verließ das Zimmer.

Peter fragte sich, ob es nicht vielleicht eine Falle war, in die sie ihn durch den Brief an Eva hatten hineinlocken wollen. Wahrscheinlich hatten sie nun erraten, daß sich die Papiere noch in Schottland befanden und dachten, er würde irgendeine Andeutung über das Versteck fallen lassen. Nun, aus diesem Brief würde sich nicht viel herauslesen lassen. Jedenfalls war er jetzt froh, daß er sich nicht klarer ausgedrückt hatte. Mög- licherweise hatten sie ihn nur deshalb zum Schreiben des Briefes veranlaßt und hatten gar nicht die Absicht, ihn ab- zupfehlen. Das mußte nun eben abgewartet werden.

Fünf Minuten später erschien wieder der „Zimmermann“,

setzte ein Tablett auf den Tisch und entfernte sich schweigend. Peter fand vor sich eine reichliche Mahlzeit von Fleisch, Gemüse, Brot, Butter und Käse nebst einem Glase schäumen- den Biers, und da er entdeckte, daß er recht hungrig war, war bald nichts mehr von allem vorhanden.

Später tauchte der wortfarge Diener wieder auf, brachte das Feuer an, räumte den Tisch ab und überließ ihn von neuem seinen Gedanken. Selbstverständlich richteten sich diese auf eine mögliche Flucht. Zu seiner Freude bemerkte er daß man ihm sein Geld gelassen hatte. Sie mußten also wohl sehr fest an die Sicherheit des Gefängnisses glauben. Oder war es nur ein Uebersehen? Für den Fall faltete er drei Pfundnoten zu- sammen und versteckte sie in seiner Kramtasche. Mehr war da nicht unterzubringen. Dann befestigte er die Uhr an seinem Unterarm. Wenn sie jetzt auch ihres Verberens inne wurden und ihm das Geld aus der Tasche nahmen, war er doch nicht gänzlich ohne Mittel.

Hierauf schritt er zu einer genauen Inspektion seines Auf- enthaltsortes. Er befand sich in einem geräumigen Zimmer, das mit schweren altmodischen Möbeln ausgestattet war. Die Wände waren mit einem Brokatstoff bespannt, der einmal rosa gewesen sein mochte und jetzt zu einem schmutzigen Weiß ab- gebläht war. Peter stieß die Tür rechts vom Kamin auf und war überrascht, ein modern eingerichtetes Badezimmer vor- zufinden. Es war ein kleiner Raum mit einem winzigen Zen-

ter hoch oben, das mit weißer Kalkfarbe bestrichen war, so daß ein Hinanssehen unmöglich wurde.

### 7. Kapitel.

Als Peter in das Zimmer zurückkehrte, öffnete sich die Tür, und zwei Männer traten ein. Der eine, mit dem er schon früher gesprochen hatte, und ein anderer, ihm unbekannter. Dieser Zweite war von unterkletter, stämmiger Gestalt, hatte ein rotes Gesicht und rötliche Haare. Auch seine Augenbrauen, die sich buschig über blauen Augen wölbten, waren von röt- licher Farbe.

„Gut Martin, darf ich Ihnen Herrn Brown vorstellen,“

sagte der Erste.

Peter lächelte.

„Und Sie heißen wohl Herr Jones, wenn ich nicht irre?“

„Smith,“ antwortete der Mann gleichmütig.

„Oh, Smith! Einer von den Smiths wahrscheinlich?“

Herr Smith ging auf Peters Scherzhafigkeit nicht ein

und machte eine Bewegung, als würde er einem kleinen lästigen Jungen ab, der ein ernsthaftes Gespräch zu unterbrechen versuchte. Einen Augenblick lächelte der kleine Junge aus Peters Augen. Er machte sein Koboldsgesicht, wie Eva das nannte, als überlegte er sich, wie er die beiden Kerle reizen könnte. Rücksicht auf etwaige persönliche Gefahr war nicht seine Sache. Es war doch zu verlockend, sie ein wenig auf- zusuchen.

„Was verschafft mir die Ehre dieses Besuches?“ fragte er mit gemachter Höflichkeit.

„Wir wollen über Geschäfte reden,“ sagte Smith.

„Schön, dann gestatten Sie mir, damit den Anfang zu machen. Sie haben meine Sachen durchsucht und mir weg- genommen, was Ihnen beliebte. Scheint es Ihnen zu an- maßend, wenn ich einfach und ohne Umstände erkläre, daß ich auf einen weiteren Genuß Ihrer Gastfreundschaft ver- zichte?“

Herr Brown nahm zum erstenmal das Wort.

„Sie haben nach Schottland gewisse Akten mitgenom- men,“ sagte er. „Wo befinden sie sich jetzt?“

Das Jungenhafte verschwand aus Peters Augen.

„Erwarten Sie wirklich von mir, daß ich Ihnen das sage? Das ist schon ein bißchen stark.“

„Sie weigern sich zu antworten?“

„Selbstverständlich weigere ich mich.“ (Fortf. folgt.)

# „Etwas Herzloseres und Roheres“

Mit größter Spannung haben wir den Landtagsbericht über die 81. Sitzung vom 20. Februar d. J. erwartet. Er ist nun am 8. März endlich in unsere Hände gekommen. Wir wollten vor allem die staatsmännische Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Merk von Grafenhausen bei Wonnendorf studieren; denn wir wurden durch das üble Aussehen, die sie im Landtag wie draußen erregte, auf die mehr wie bedenkliche Leistung aufmerksam.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Großhans von Konstantz, der bald nach dem genannten Grafenkreuzler in der Debatte zu Wort kam, charakterisiert den Gesamteindruck von den Kernsätzen der Merk'schen Rede also: „Etwas Herzloseres und Roheres als dieser Ausdruck ist bestimmt in den zehn Jahren, seitdem ich die Ehre habe, diesem hohen Hause anzugehören, nicht zum Ausdruck gebracht worden.“

Nachdem wir die Rede nun ruhig gelesen haben, müssen wir dem sozialdemokratischen Kritiker leider vollauf recht geben, wie es auch die Rednerin des Zentrums, die Frau Abg. Siebert, sofort an der Spitze ihrer so dankenswerten Abwehrrede im Landtag ausgesprochen hat; sie bemerkte: „Der Herr Abgeordnete Großhans hat recht, in diesen zehn Jahren sind solche Herzlose Worte hier im Rahmen der Volksvertretung noch nicht gesprochen worden.“

### I.

Wir wollen zum Beweise für das Werturteil, das so der Rede des Herrn Abg. Merk geworden ist, nur die Kernsätze seiner Ausführungen über das Fürsorgewesen wiedergeben. Er meinte:

„Krankheitsfürsorge und Fürsorge aller Art ist naturgemäß eine Belastung des Geldes, und Krankheitsfürsorge und die gesamte Fürsorge muß sich ein Volk, das wirtschaftlich auf gesunde Füße steht, angelegen sein lassen; denn es ist schließlich ein Zeichen der Humanität und Moral, wenn ein Volk, sofern es dazu in der Lage ist, das Kranke nicht verkommen läßt.“

Schon zu diesen Sätzen muß man allerlei Kritisches sagen. Der Herr Abg. Merk mag sich recht vornehm und gebildet vorgekommen sein, als er zur Begründung der Fürsorgepflicht, besonders auch gegen Kranke, sich auf „die Humanität und Moral“ berief; mit Recht hat die Frau Abg. Siebert demgegenüber auf „den Auftrag Gottes“, damit auf den Herrn des Lebens, hingewiesen. Man sollte glauben, daß ein Redner aus der Fraktion, die das Zentrum beim Erzbischof in Freiburg schriftlich und öffentlich verklagte, aus der Partei, die immer wieder behauptet, sie stünde auf „christlichem Boden“, von dem christlichen Sittengesetz und seiner verpflichtenden Kraft auch noch etwas wüßte und von diesem Wissen bei gegebener Gelegenheit auch noch etwas erkennen ließe. Würde man dieses christliche Sittengesetz wirklich kennen und in der Tat respektieren, dann würde man es nicht bloß für die Völker, die wirtschaftlich auf gesunde Füße stehen, in etwa noch gelten lassen, und zwar nicht nur als „Zeichen von Humanität und Moral“, sondern ganz allgemein, für jedes Volk und jeden Menschen im Christentum, ganz besonders wenn bei einem Volk Not eintritt; hier geht es um ein Gebot des Christentums wie um ein Gesetz der natürlichen Moral!

Es macht den Eindruck, daß diese nur eingeschränkte Anerkennung der Fürsorgepflicht der Allgemeinheit durch den Herrn Abg. Merk in der Hauptsache gemacht ist, damit die folgenden Ausführungen um so ungenierter gewagt werden könnten. Der Herr Abg. Merk fuhr nämlich also fort:

„Wenn aber auf der anderen Seite, so wie es jetzt zum Beispiel ist, das Gesunde nicht genug zum Leben hat, dann muß man sich fragen, ob man nicht auch zu weit gehen kann. Es ist zum Beispiel nicht angebracht, daß wir für Unheilbare, für Krüppel und Sieche Millionen von Mark aus der Allgemeinheit herausnehmen, während auf der anderen Seite Zehntausende von Gefunden sich aus wirtschaftlicher Not eine Angel vor den Kopf schieben.“

Hier verzeichnet der stenographische Bericht begrifflicherweise: „Türse von den Sozialdemokraten und Kommunisten — Gegenrufe von Nationalsozialisten — Glode des Präsidenten.“ Die Merk'schen Ausführungen fielen also sofort in der Kammer nicht wenig auf. Trotz dieser Zeichen berechtigten Staunens fuhr der Herr Abg. Merk unbeeinträchtigt also weiter:

„Es ist auch nicht angebracht, daß das gesunde Leben, die gesunden Berufsstände sich infolge wirtschaftlicher Not Geburtenbeschränkungen auferlegen müssen, während man in der Fürsorge so weit geht, daß das Kranke sich vermehren kann.“

Nach einem Seitenblick auf die Außenpolitik kehrte Herr Merk zu dieser seiner bereits vorgetragenen Ansicht also zurück:

„Wir müssen uns fragen, ob das Gesunde vernichtet und das Kranke erhalten werden soll! Wir müssen uns fragen, ob das deutsche Volk vom Massenstand aus es sich leisten kann, daß auf der einen Seite das Kranke durchgelesen wird, während auf Grund der Erfüllungspolitik, der unerhörten Erfüllungspolitik, für unsere gesunden Massengenossen kein Platz ist.“

### II.

„Unheilbare Krüppel und Sieche“ sollen also wohl ausgehört werden, und zwar im Interesse „der gesunden Massengenossen“. Diese brutale Unmoral hat mit dem christlichen Sittengesetz nur noch das eine zu tun, daß sie darüber hinwegzureden sucht! Selbst „die Humanität und Moral“ der Kreise, die sich am christlichen Sittengesetz nicht mehr unmittelbar orientieren, lehnen diese Wort-Moral ab, wie man es auf dem Felde der Wissenschaft feststellen kann! Angesichts dieser Sachlage hatte die Frau Abg. Siebert recht, wenn sie mit sittlicher Entrüstung sofort im Landtag feststellte, daß ein Abgeordneter der Nationalsozialistischen Partei sich angesichts des ganzen badiischen Volkes zu diesem Grundsatz der Unschädlichmachung des wertlosen Lebens bekannt hat!

Wer gibt das Recht, „Unheilbaren“ das Leben zu nehmen? Wer das Recht, sie auch nur verkommen zu lassen? Wer gibt das Recht, „Krüppeln“ das Leben zu nehmen oder sie auch nur dem Elend zu überlassen? Wer gibt das Recht, „Siechen“ das Leben zu nehmen oder sie auch nur dem Elend zu überlassen?

Wenn sich eine herzlose und brutale Unmoral Wirklichkeit würde, wer entschieide im Ernstfall über Ja und Nein bei fraglichen „Unheilbaren, Krüppeln und Siechen“? Wer entschieide darüber, ob jemand „krank“ und daß „er sich nicht vermehren“ dürfe? Wer entschieide über den direkten oder indirekten Massenmord? Wer entschieide darüber, welche Staatsbürger zu „den gesunden Massengenossen“ gehören und so „den Platz“ der Todesopfer einnehmen dürfen?

Mit Genugtuung konnten wir feststellen, daß der Herr Minister des Innern Wittemann dem Herrn Abg. Merk folgendes erwiderte:

„Der Herr Abg. Merk hat nun eine Äußerung fallen lassen, die vom hohen Hause, meines Erachtens mit Recht, auf das schärfste zurückgewiesen wurde. Er hat in einem Teil seiner Ausführungen — und nur den meine ich — sich auf den Standpunkt der Herren Bindig und Hohe gestellt, der Herren, die die Fötung des lebensunwerten Lebens als einen Kulturfortschritt bezeichnen. Ich möchte dem Herrn Abg. Merk auf dem Gebiet nicht folgen und nur das eine sagen: Wo ist die Grenze, wo fängt das Leben an und wo hört es auf? Das kann mit aller Bestimmtheit niemand sagen, und weil man es nicht sagen kann und oft in den allerwertvollsten Fällen Heilungen eingetreten sind, wäre es ein Mißfall in die alte Barbarei der verschiedenen Heidenvölker, wenn man diesen Grundfals Bindig und Hohe praktizieren wollte. Man erzählt von den alten Bulgaren, als sie vor 1500 und 1600 Jahren in den Rapen des römischen Kulturvolkes getreten sind, das Abheulische und Tadelnswerte, daß sie alte und kranke Leute getötet hätten, um auf ihren Füßen keinen unnützen Ballast mit sich zu schleppen. Man weiß, daß diejenigen Völker, die die Kranken und Siechen töten, so ziemlich auf der niedersten Kulturstufe stehen.“

Wir wollen derartige auch nicht von dem Gesichtspunkt aus billigen, daß man sagen soll, solange die Gefunden nicht genügend zum Leben haben, so lange kann man sich der Ungelunden und Kranken entledigen, namentlich wenn feststeht, daß sie nicht mehr gesund werden. Ich möchte daher warnen, Ich war stets ein scharfer Befürworter dieser Richtung Bindig-Hohe. Und ich möchte nicht, daß in diesem hohen Hause diese Bestrebungen wirklich eine Zustimmung finden würden.“

Es mag den Ausführungen des Herrn Abg. Merk an und für sich ein guter Gedanke zugrunde liegen, daß man zunächst den Gefunden helfen soll. Aber die ganze Auffassung der Caritas und die ganze Auffassung des Christentums ist entgegengesetzt; sie sagt, die Gefunden müssen den Kranken und Siechen und den Elenden helfen, sie müssen ihr Neuhertes daran setzen, um ihnen die nötige Unterstützung zuzuführen zu lassen. Der Kranke, Sieche, Blinde, Lahme, Krüppel kann für sich nicht mehr sorgen, aber der Gefunde, der in der größten Not und in der schwierigsten Lage ist, hat seine gefunden Glieder, er kann den Ort wechseln und hat Möglichkeiten, die diese armen Leute nicht haben. Darum ist es echte Kulturpflicht, gerade diesen Armen der Ärmsten zu helfen. (Beifall.)

Der Herr Moralprofessor Dr. Kauch schreibt mit Recht im Staatslexikon (III S. 861):

„Das falsche Prinzip wird sich mit Macht auswirken. Der Gang des Lebens wird die Konsequenzen ziehen! Umgekehrt sind die Opfer, die eventuell auch die Befähigung für „die Ballastlasten“ bringen muß, wenn ihre Beseitigung unzulässig ist, durch- aus nicht nur „unproduktiv“. Durch nichts wird die Heiligkeit und Unantastbarkeit des menschlichen Lebens deutlicher dargestellt, als wenn die Allgemeinheit, der ein leichtes Mittel zu Gebote stünde, diesen den Lebensunterhalt von sich aus gewährt. Man kann den Segen dieser absoluten Achtung vor dem Leben des Menschen nicht ernten und zugleich das Opfer des Saatgutes ablehnen wollen.“

Ungleich schärfer sprach sich der Direktor des Freiburger Diakonissenhauses in einem Vortrag im Radio am 12. Juli 1928 aus. Wir geben nur einige Kernsätze daraus, wie wir sie in unseren Notizen finden. Er erinnerte an ein Wort des ehemaligen weltberühmten Direktors der Allenau, Bergl, über die Arbeit und Pflege an Kranken; es lautet: „Es liegt in dieser Arbeit ein großer Wert, der in Ziffern nicht ausgedrückt ist: der Wert der guten Tat. Das Besondere ist die Heiligkeit.“ Im Anschluß an dieses Wort meinte der Direktor von Freiburg: „Der Nützlichkeitsstandpunkt greife schon genug um sich und wirke stark verheerend.“ „Mitleidlose Weltzien hätten wir schon genug. Dabon seien genügend große Dosen auf Vorrat.“ „Ueber die 40 Millionen Ausgaben für Geistesranke in Deutschland könne man wieder reden, wenn man inzwischen von den et-

lichen Milliarden Luxusausgaben einiges eingespart habe.“ „Die Kerze aber müßten es ablehnen, Vorsetzung zu spielen!“

„Was für ein Geist ziehe in ein Krankenhaus ein, wenn die Leitung von Zeit zu Zeit einen Patienten ausschide. Was würde das Personal mit einem mißliebigen Patienten morgen machen?“

Dieser erfahrene Direktor eines großen Krankenhauses kennt sich aus.

Wir schlagen nun auch die Heilige Schrift auf und lesen da bei Matthäus 5, 7 ein Wort des Herrn: es lautet: „Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen.“ Wer an den Herrn glaubt, liebt die Barmherzigkeit.“ (Sprichwörter 14, 21.) Weiter hören wir vom Heiland: „Was ihr dem Geringsten meiner Brüder getan, das habt ihr mir getan.“ Was ihr also den „Unheilbaren, Krüppeln und Siechen“ getan, das habt ihr mir getan! Ja, die Frau Abg. Siebert hat recht, „es gibt an sich kein wertloses Leben.“ „In jedem Leben ist eine ewige Idee verkörpert, auch in dem Leben, dessen Seelen-uge blind bleiben mußte und nicht aufgeschlagen wurde.“ „Ja, in jedem Menschen, auch im „Unheilbaren, im Krüppel, im Siechen“ wohnt eine unsterbliche, gottähnliche Seele, verbunden mit Christus, wie der Rebzweig mit dem Rebstock geeint ist; darum das Gelandswort: „Was ihr dem Geringsten meiner Brüder getan habt, habt ihr mir getan.“

Aber selbst wenn man von diesen christlichen Gedanken absehen wollte, so würden die Heiden in ihren Besten aufstehen und ihr Staunen aussprechen über die „Herzlosigkeit und Rohheit“, die in der von Herrn Abg. Merk vorgetragene Moralanschauung vor aller Welt zutage tritt.

Die Nationalsozialisten haben auch schon eine Formel für ihr Evangelium gefunden. Sie lautet: Das Kreuz Christi in die Kirche! Das Sakrament ins öffentliche Leben! Wir lehnen die Formel und ihren Inhalt ab, weil wir Christen sind, somit die „Herzlosigkeit und Rohheit“ als Sünde ansehen.

### III.

Als der Herr Abg. Merk an den Schluß seiner Rede kam, packte es ihn noch einmal. Wir können dieses Gepackwerden psychologisch wohl verstehen. Er kehrte zu der „herzlosen“ Idee zurück und jagte: „Wir unterstützen nach Möglichkeit jedes Fürsorgewesen, aber diese Möglichkeit hat ein Ende, wo dieses Fürsorgewesen so weit geht, daß Kranke es gezüchtet und dabei Gefundes vernichtet und zugrunde gerichtet wird.“

Damit schließt also der Herr Abg. Merk aus der Fraktion der Nationalsozialisten seine tiefbedauerliche Rede. Der stenographische Bericht verzeichnet sofort:

„Erregte Rufe von Seiten des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Kommunisten, u. a. von sozialdemokratischer Seite: Unverschämtheit, von kommunistischer Seite: Das wollen wir Ihnen antreiben.“

Es ehrt unseres Erachtens den Landtag, daß er spontan der Empörung über diese üble Leistung Ausdruck gab und es ehrt die Frau Abg. Siebert, daß sie im Namen ihrer Fraktion diesen „herzlosen und rohen“ Ausführungen des nationalsozialistischen Redners mit aller Entschiedenheit entgegentrat. Es ehrt den Herrn Minister, daß er würdig und entschieden Stellung nahm!

Das gläubige katholische Volk wird sich den Vorgang merken und den Sakramentariern die Antwort geben, die sie nach solchen Leistungen mit Zug und Recht verdienen. Speziell das badiische Mittelstand und sein christlich-gläubiges Volk wird sich überlegen müssen, ob es in dem Herrn Abg. Merk den richtigen Vertreter im Landtag hat. Vorab auch die Katholiken werden sich diese Frage stellen müssen.

Wir glauben diese Darlegungen in aller Deutlichkeit geben zu sollen, wiewohl der Herr Abg. Lenz von der Fraktion der Grafenkreuzler in der folgenden Sitzung den Herrn Merk mit seinen brutalen Ausführungen noch in etwa zu

# Die rote Armee an Ruhr und Rhein

Gerade zur rechten Stunde, zur zehnjährigen Wiederkehr des Kappzuges (13. März), erscheint ein Volksbuch von Dr. Hans Spehmann über „Die rote Armee an Ruhr und Rhein“ (Verlag H. Höbbling, Berlin, Preis 5,20 M.). Die Arbeit setzt uns in jene aufgeregte Zeit zurück, die im Anschluß an den Kappzug zu dem größten kommunistenaufstand führte, den Deutschland je gesehen hat. Wir sind in der Lage, die nachstehenden Ausführungen dem Buch zu entnehmen:

Nach am Morgen des 19. März 1920 bringt eine Bekanntmachung des Offener Volkszugsausschusses die Meldung, es sei die Sicherheit der Stadt auf jeden Fall durch die vorhandenen polizeilichen Kräfte gesichert. Schon eine halbe Stunde später erschienen die ersten roten im Norden von Essen! Kurz darauf spielen sich bereits am Schlacht- und Viehbof, wo sich die Grünen verschanzt hatten, äußerst blutige Ereignisse ab. Die roten mußten ihn fast zwei Stunden lang beschleichen, ein Nest von vierzig Grünen verteidigte ihn bis zum letzten Augenblick und konnte dann nicht mehr entweichen. Als sie keine Munition mehr hatten, zogen sie die weiße Fahne und ergaben sich. Jetzt fiel die Horde über sie her, riß ihnen die Kleider vom Leib, plünderte sie vollständig aus und mißhandelte sie in der unmenslichsten Weise. Nur ganz wenigen gelang es, zu entkommen, der größte Teil wurde niedergemetzelt. Mit dem Rufe: „Alles, was hier ist, wird kalt gemacht!“ stürmte man die einzelnen Gebäude. In mehreren Stellen wurden Verwundete erst mit Gewehrrohren mißhandelt und dann erschossen. Als dann wurden sämtliche Gebäude demoliert, die Inneneinrichtungen mit Beilen zerschlagen, die Wohnungen der Schlachthofaufseher geplündert und die vorhandenen Geldschränke geprengt und ausgeplündert.

Während des Angriffs fuhr der Lehrer Stemmer unter dem Schutz der Parlamentärflagge zum Rathaus, wo er 10.40 Uhr eintraf, um namens der roten mit dem Oberbürgermeister Dr. Luther wegen Uebergabe der Stadt zu verhandeln. Die Aufsetzung des Uebergabevertrages verzögerte sich bis 12.25 Uhr. Inzwischen waren die Zugangstüren zum Rathaus von Tausenden von Aufrührern besetzt und das ganze Gebäude umzingelt. Fünf Minuten später wurde es im Sturm genommen. Kurz darauf fielen Röt und Polizeipräsident; damit war auch Essen in der Hand der roten.

Wieder gingen die Kommunisten in schreilicher Weise gegen die Gefangenen vor. Ein Teil mußte mit erhobenen Händen nach Gefängnissen marschieren, wenn die Hände erlöschten, wurde mit Peitschenschlägen und Kolbenschlägen

gezwungen, sie hoch zu halten. Ein Leutnant wurde unter gemeinigen Schimpfwörtern viermal an die Wand gestellt wobei ihm ein Zettel in die Hand gedrückt wurde, um seine letzten Wort aufzuschreiben. Sogenannte Krankenschwestern bielten Reden gegen die Wehrlosen und spuckten ihnen ins Gesicht. Andere Gefangene wurden in einem Untersuchungsgefängnis von einer Horde überfallen, die ihnen Geld, Uhren und die meisten Kleidungsstücke abnahm, dann alle Akten verbrannte und die Gerichtsstufe ausraubte.

Sofort ging man auch daran, die Strafgefängnisse zu öffnen. Einem Teil der Gefangenen steckte man bereits beim Verlassen der Strafanstalten Waffen und Munition zu. Mit Gewehren in der Hand und Handgranaten im Strick, der das Koppel erlösen muß, zogen sie — es sind im ganzen an die Tausend — schleunigst ins Innere der Stadt, vielfach noch in Strüflingskleidern, an der Spitze die zweimal zum Tode verurteilten Raubmörder Gebrüder Fleischer . . . . .

Ein anderer entsetzlicher Vorgang spielte sich auf Schloß Sythen bei Haltern ab, wo sämtliche Räumlichkeiten in der fürchterlichsten Weise zugerichtet wurden, die Schränke erbrochen, Füllungen herausgeschlagen, Uhren und Bilder, Kommoden und Trüben zerstört, ihr Inhalt geraubt oder verstreut, Gardinen und Vorhänge mitgenommen. Selbst die Krusttische wurden zerbrochen, der Altar zerstört, Messgewänder gestohlen, die Bronzebeschläge von den Möbeln gestohlen, alles Eh- und Trinkbare vernichtet. Auch die Zimmer der Dienerschaft verschonte man nicht. Das Vieh wurde bis zum letzten Stiel abgeschlachtet oder fortgeführt, die Fildmeze entwendet und der Fischbestand durch Handgranaten vernichtet. Eine Bande wird durch die andere abgelöst. Sie kommen in Kolonnen, in Personkraftswagen und Lastautos, „rote Gardisten“, die unvermeidlichen Matrosen und als Krankenschwestern verkleidete Dirnen. Ein jeder stiehlt, raubt und plündert. Eine Kolonne, die sich „Volkszugsausschluß Redlinghausen“ nennt, erbricht den Schreibtisch, nimmt alles Gold, räumt die Speisekammer aus, andere erbrachen die Schränke, raubten Kleider und Mäntel, Schuhe und Vorhänge. Türen plündern, Schränke tragen. Auf den Fluren und Fremdenzimmern liegt eine Horde von mehr als hundert Menschen, darunter etwa 40 „Krankenschwestern“, Männer und Weiber, alle sinnlos betrunken. Eine „Schwester“ versammelt die Dienstmädchen. „Mädchen! Von heute ab seid ihr keine Dienstmädchen mehr, seid ihr Fräulein! Wir werden euch für euch kämpfen, für eure Befreiung aus der Knechtschaft!“ Eine halbe Stunde darauf haben sie ihre Fräuleinschaft erkauf, keine Uhr, keine Brosche, noch nicht einmal die Wäsche hat man den Mädchen gelassen. . . . .

reiten suchte. Er meinte, sie wollten nicht die Lösung von Schwindbüchlingen, und zwar aus „Agitationsbedürfnis“.

„Achtung Gebot: Vernichtet alle Schwächlinge und Kranke.“ Für jedes vorwärtsstrebende Volk ist es eine unbedingte, nicht zu umgehende Notwendigkeit, alle Schwächlinge und Kranke, denen Krankheit chronisch oder erblich ist, zu vernichten wie Unkraut.

Dahin führt der radikale Klassenstandpunkt! Es wäre wirklich interessant, zu erfahren, woher der Herr Abg. Merk seine Staatsweisheit vom 20. Februar 1930 in der badischen Kammer bezogen hat.

Baden

Nacht über Rußland

Auch jetzt wieder, wie damals, als es sich um die grausame Colles'sche Kirchenverfolgung in Mexiko handelte, macht man die Erfahrung, daß die Abwehr der bolschewistischen Unmenslichkeit gegenüber allem Religiösen, das sich nach außen zeigt, von liberaler Seite, aber auch von Seite der sogenannten religiösen Sozialisten sehr lahm und nur mit allerlei Vorbehalten erfolgt.

Darum darf man um so dankbarer sein, daß neuerdings Schriften absolut zuverlässiger Art über die Vorgänge im Sowjetreich Aufklärung verbreiten, die sich nur auf zuverlässige Tatsachenberichte — am besten aus der Sowjetpresse selbst entnommen — stützen.

Die Schrift gibt ein klares Bild von der Lage in Rußland. Wichtig ist, daß die deutsche Bevölkerung über das Sowjet-

reich und seine Zustände aufgeklärt wird; besonders wichtig ist, daß die christlich-gläubige Bevölkerung erfährt, was driben im Osten von Europa vorgeht.

Ein nationalsozialistisches Agrar-Programm

ist kürzlich veröffentlicht worden. In den „Münchener Neuest. Nachrichten“ vom 11. März (Nr. 69) nimmt der bekannte Generalsekretär des Bayer. chrstl. Bauernvereins, Abg. Dr. Schlittenbauer dazu ausführlich Stellung.

Was das Agrarprogramm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei an Gütern und Brauchbarem enthält, das ist nicht neu, und das Neue, was es verlangt, ist entweder nicht gut oder nicht durchführbar!

Mit anderen Worten: die nat.-soz. Arbeiterpartei hat sich auf ein Gebiet begeben, von dem sie im Grund genommen nichts versteht. Selbstverständlich hat die N. S. D. A. P. nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß dem Bauernstand nicht die berufsmäßigen Wirtschaftsorganisationen durchgreifend helfen können, sondern nur die politische deutsche Freiheitsbewegung der Nationalsozialisten.

Damit sind die Nationalsozialisten sicher übertragt; denn auf diese Frage können sie keine irgendwie ernst zu nehmende Antwort geben. Wenn Brausen Flugzeuge und laufende Gepolter und Geschimpfe Kanonen und höllische agitatorische Anträge im Parlament, ericklassene Kriegsschiffe wären und die nationalsozialistischen Auszüge die notwendigen Geldmittel schaffen könnten, dann brauchte es uns nicht bange zu sein, dann lägen unsere früheren Feinde längst am Boden.

Eine Feststellung

Wie man aus den Landtagsberichten erfährt, hat der Herr Abg. Bauer von der Deutschen Volkspartei seinen Sitz im Haushaltsprüfungsausschuß abgegeben. In seine Stelle tritt Herr Abg. Walde, dessen Sitz im Rechtsprüfungsausschuß Herr Abg. Bauer einnimmt.

Paul Henke und wir

Anläßlich seines 100. Geburtstages am 13. März. Von Dr. Wilhelm Schulte.

Ganz Europa glaubt an den Nobelpreis, als an den jugendlichen einzigen, letzten Restwert auf dem Gebiete des Geistes, auf dem jaht doch auch alle Maße verkommen zu sein scheinen.

Wir dürfen das nicht nach jenen Vätern bewerten, die man von den 88. allein seiner Dramen kennt. Dann wäre auch Goethe „nichts oder wenig“ über haben wir von den an 170 Novellen Henkes nur deshalb so wenig gelesen — überlegen Sie bitte, welche können Sie? — weil sie wie Goethes Werke zu gewichtig, gewaltig, feierlich waren? Eigentlich könnten sie uns doch zeigen mit ihrer seltenen Formvollendung, Reinheit des Gedichtes, Lebendigkeit der Phantasie dem Reichtum der Fiktion, mit ihrer an den klassischen Literaturen aller Völker, besonders der Romane, geschulten Sprache, sowie ihren vielseitig gestellten Liebesproblemen.

Doch Henkes Stoffkreis mag noch so weit sein, fast alle Teile Deutschlands und Italiens, in den „Frauenbur-Romanen“ auch Südrussland, schließlich alle Jahrhunderte bis zum Mittelalter einschließlich umfassend, Tatsache ist doch: Sie sind beschränkt auf die Welt einer Schönheit, die nur dadurch entsteht, daß man jeden Zufall, das Schicksal und Gemeine, Not und Elend, alle Tragik der Wirklichkeit übersehen. Henke dachte nicht auf die Welt, ihrer ganzen Fülle inne zu werden; er wählte sich vielmehr wie ein Feinschmecker aus ihr heraus das, was ihm zusagte.

Was zu irgendeinem Grade verlicht gewesen wäre“ aller Reiz und Häßlichkeit abhold, machte er sich seine Welt zurecht, so, daß sie „die beste“ wurde. Er war ja ganz einfach, nur unter unterschiedlichen Umständen, in einer ästhetisch durchgehenden Zeit aufgewachsen, Sohn eines feinsinnigen, geschmackvollen Sprachgelehrten, Schwiegersohn des Danes Stäpler, in dem der Majster Wilhelm v. Humboldt romantisiert wurde. Aber wie der Hase Robert Franz von 1859 schrieb, das „Erbeit einer männlichen und raffinierten Genüßung, ernie und ausdauernde Begeisterung für die großen Schicksale der Menschheit“, das hat dieser geistig auch weitgehend auf Rosen gebettet. „Menschlichkeit“, der deutschen Poesie nicht mitbekommen. Selbst das Problem des Todes löste sich bei ihm auf in eine Vanalität. „Glaubst du, daß im Menschen auch ein Midererinnen bliebe? Nicht an ewiges Leben, Kind, Glaub ich, nur an ewige Liebe“ — daß er sich sogar beim Tod eines seiner Kinder vorsetzen konnte. „Auch wir vergehen; und das ist Traß genug.“ Henkes Welt ist also noch enger als auf Schönheit und Ernst eingeschränkt; selbst die Tragik, so erklärt sein Vater in den „Kindern der Welt“, sei „bloß eine andere, höhere und nur vornehmen Seelen eigene Art das Leben zu genießen.“ Für Henke gilt der das „Glück“ gerühmte Zufall nicht als die Verschönerung des Mitleidigen gegen das „Erhabene“. Ist es bei solch willkürlichen Aufgehens des Tragischen in ästhetischen Genüß, bei solchem Glauben, alle menschliche Leidenschaft laße sich durch gesellschaftliche Hebelkonvention zur „Zornnehmung“ hinaufheben, verwunderlich, daß diesem Dichter kein eigentliches Drama gelungen wolle, daß er in den Novellen seine oft weitaus gelösten Probleme nicht elementar sich auswirken ließ, sondern an der entscheidenden Stelle sentimental umgibt, ja, nur in geschwätzigen Dialogen diskutierte, aber nicht dichterisch ausgedrückt?

Nicht also, weil so viele seiner Werke uns nur in dümpeliger Gemütsruhe verdrängen, — seine „Maria von Magdala“ wurde von der Zensur verboten und Bismarck verbot vor seiner vierjährigen Tochter die Vorlesungen der „Kinder der Welt“, die der „Speyerischen Zeitung“, worin sie 1882 erschienen, überdies ihre Erstlingsarbeiten — uns ist die Dichtung Henkes deshalb geringwertig geworden, weil sie in einer Diesseitschwärmerei befangen bleibt, für die, wie er im „Paradies“ verkündete, nur künstlerische Schaffen und eine glückliche Liebe „den Vollgenuß der eigentlichen Gärten und Kräfte“ bringt. Wir Menschen von heute leiden es nicht mehr, daß man uns über die bedrückenden Mängel des Lebens hinweggucken möchte mit immer neuen Variationen über das eine Thema: Liebe ganz abgesehen davon, daß dies nicht nur vom Weibe aus gesehen wird. „H. H. A. A.“ (Gemeine unüberlegte in gelatum: Weib, der Welt Königin in Einsamkeit), das war nicht der Titel einer seiner Novellen er könnte über jeder stehen; dies war vielmehr Henkes Glaubensbekenntnis, das er zeit

Rom aus der Freischperspektive

BZK. Die deutsch-nationale „Süddeutsche Zeitung“ besitzt in Rom einen Vertreter, auf den sie „stolz“ sein kann. Gustav B. Eberlein ist der Name dieses Mannes, der sich anscheinend als Hauptperson in der Weltstadt vorfindet, weil er — ein Auto hat und weil die Schweizer Gerichte ihn, (wie er sich einbildet), besonders feierlich grüßen, wenn „er“ am Vatikan vorbeifährt. Dabei ist dieser Herr Eberlein inmitten des größten Weltgeschehens die Ahnungslosigkeit selbst, eine journalistische Tugend, die nur noch übertrieben wird von der Schnoddrigkeit, mit der er vom Vatikan und katholischen Dingen zu „berichten“ weiß. Seine „neueste Leistung“ ist eine Etizze, „Das päpstliche Hofhorn“ in Nr. 102 der „Süddeutschen Zeitung“.

Man kann dem Herrn Verfasser, der in Rom das Leben anscheinend nur von der letzten Seite nimmt, manches nachsehen und mit Oberflächlichkeit, (die selbst einem antikatholischen Sowjetjournalisten gut anstünde) auch Unwissenheit über Veranlagung entschuldigen. Wenn er aber schreibt: „Dafür hat das andere (päpstliche) Rom das dringende Bedürfnis empfunden, den dunklen Trieben einer läßlichen Mittwelt entgegenzukommen durch Ausgabe besonderer Briefmarken.“ Ich weiß nicht, wie es in den Zeiten des Blaffes zugeht, doch kann ich mir nur schwer vorstellen, daß damals der Sündenhandel lüppiger geblüht habe, als heute der Wartenhandel, dann ist das eine Ungelegenheit, die auf die Zeitung, in der das steht und das Katholikenverständnis gewisser „Deutschnationaler“ ein seltsames Licht wirft.

Daß Herr Eberlein den Vatikanvertrag völlig versteht hat, könnte man meinen, wenn man weiter liest: „An dem Export der zaidigen, flebrigen Dinge gemessen, müßte tatsächlich ein neuer Kirchenstaat entstanden sein, wo doch nur eine etwas groß geratene Kirche mit Pfarrhaus steht.“ Keine Ahnung von einer Idee, ist man da verjuch, zu sagen. Wie „nett“ und einer nationalen Zeitung angemessen, schreibt doch Herr Eberlein, (der verächtlich auf das Papstentier am Hüfter seines Autos hinweist): „Wenn 3. V. Papst Pius XI. stirbt und Mussolini stirbt und der König stirbt und die Republikaner kommen ans Ruder und es gibt keine Vatikanstadt mehr, dann haben diese Briefumschläge „Seltensheitswert“.

Wir glauben, daß auch manche Briefe gegen das Papsttum und publizistische Ungelegenheiten einft Seltensheitswert bekommen, wenn die vom Wappen des Herrn Eberlein ausgestorben sind um schon alter Vergänglichkeit wegen das Papsttum auf mehrere Jahrhunderte zurückzuführen. Wir lassen der Süddeutschen Zeitung diese erschlaffte Vertretung mit dem Wappen am Autoführer und dem fabelhaften Sinn für Weltgeschichte.

Kirchliche Nachrichten

Aufhebung des Klosters Bronnbach.

Bronnbach (Ludwigshafen), 12. März. Nach einer Mitteilung des Abtes des Klosters Bronnbach unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß das Kloster aufgelöst und die Zisterziensermönche nach Seligenporten in der Oberpfalz ziehen werden.

Aus dem Frankenthal, 9. März. Vor einigen Jahren hat man es dem Frankenthaler fast für läbel genommen, weil aus seinen Gauen keine Neupriester mehr hervorgehen. Dem Frankenthaler ist insofern damit bitter Nachdacht getan worden, als man zu spekulieren begann, ob der alte kirchliche Geist noch in seinen Reihen vorhanden sei. Es waren vielmehr kein Material-Geld, die Kräfte und Instinktionen, welche auch dem Begabtesten mit dem besten Willen das Studium erschweren. Die natürliche Bevölkerung, am Ende der Schulen, war beiderlei. Ein helan. des Volkssprachwort sagt: Mit dem Idealismus kann man keine Schuhe machen — es geht vor allem Leder dazu, kann man ergänzen hysafischen. Und zum Beweise dafür, daß lediglich die abnormen Verhältnisse schuld waren, wenn das Frankenthal zurückfiel, kann man als wiederum der diesjährigen S. S. Neupriester aufzuführen, deren Hauptaufgabezeit schon wieder in normale Verhältnisse fiel. Es befinden sich darunter wiederum 17 ebenen Herren aus den einzelnen Bezirken: aus Erlangen bei Straubing, Buchen, Durlach bei Wehrheim, Göttersdorf bei Bollhörn, Verolshausen, Giffelheim und Großrinderfeld bei Tauberhildesheim. Das Frankenthal kann also wiederum für sich in Anspruch nehmen, daß es seinen Mann gestellt hat, daß der alte kirchlich-katholische Geist noch in seinem Volke die dazu Bemuteten antreibt, im Weinberg des Herrn tätig zu sein. Gewisse Leute suchen den neuheligen Geist nicht im Gewand im Volke des Frankenthaler zu verbreiten. Beispiele zu nennen, erübrigt sich. Die Zahl der kathol. S. S. Neupriester dieses Jahr und in Zukunft sei die beste Antwort auf alle Angriffe gegen die Ueberzeugung des katholischen Frankenthaler!

der Lehre vom Kreuze wahr haben wollte, mit dem er auch einen Riese (in „Alten allen Bispeln“) glaubte lächerlich machen zu können. Es hätte dem schon seinen Sinn das Geht: in den 70er Jahren als Anhänger einer neuen jugendlichen Weltanschauung erlebte und wenig später noch von der Hierarchurverhöhnung der Sder Jahre als aktivistisch abgelehnt wurde, als „unmühsam unmaß, halsfremd, höst, oberflächlich“, „Goethes Rom ohne Goethes Geist“, wie Josef Kader es einmal formuliert: „Seine Kunst hat keine geschichtliche Schwere, sie vermag und bezaubert, wo es um Seele geht, sie hat die Spitzfindigkeit des Gedanken und sie ist ohne innere Heimat; es ist die unerkennbare Kunst des Halbjuden“ (Henkes Mutter, kamme aus dem Geschlecht des Mendelssohn). Seine Dichtung verkörperte „das ruhende, laute, unbürsliche Wirgerium zwischen Paulskirche und Verfall“, das die kleinen Ereignisse seines Herzens und Wagens geistlich inszenierte, und sich, indem es nach oben vernahmt, den Anstich der Freiheit, und indem es nach unten schand hielt, ein Traumbild der Kultur vorpiegelte.“ So hatte doch wohl der Kritiker von 1859 recht; bei solcher ästhetischen Liebhaberei und solchem geistlichen Dilettantismus führe Henke seinen Bogarius zwar im Reiche, aber „Leder nicht im Reiche des Lebens, sondern in einem Reiche aus Rosen und Nachtvölen, deren süßer Duft endlich auf die freigelegte Kraft bedacht und erschläft.“ Die Proppregelung von Franz Heintz (ich erfüllt zu haben: Henke werde wohl „ein geistlicher Salonidier werden, aber zum Herzen der Nation gelangt er damit zu wenig wie zur Hinterbühne.“

Ein Antrag zur Rettung der Brudersregel veröffentlichte führende Männer der Kunst und Wissenschaft. Es handelt sich um die berühmte Regel im Stift St. Florian. Dieses herrliche Instrument, mit dem der Meister im Leben verbunden war und unter welchem der Meister auch im Tode ruht, ist dem Verfall preisgegeben. Von hiesigen Persönlichkeiten finden wir unter dem Antrage die Namen des Direktors der Hochschule für Kunst, Franz Hilpp, des Generalmusikdirektors Josef Krups und des Vorsitzenden des Landesverbandes der Brudergesellschaft, Prof. Geringer, Leuzberg. Mit Genehmigung stellt man fest, daß speziell in Baden außerordentlich viel geschieht für die Erhaltung und Förderung des lebendigen Brudergedächtnisses, womit wirkliche deutsche Kulturarbeit geleistet wird. Dem uns vorliegenden Antrage entnehmen wir noch, daß etwaige Spenden unter „Brudersregel“ auf das Postfachkonto Nr. 11068 in Karlsruhe gesandt werden können.

Ein Heileis-Drama. Direktor Zarbo in Wien ist von einem anonymen Autor ein Stück eingereicht worden, in dem Heileis und die Heileis-Affäre den Mittelpunkt bilden. Da das Stück künstlerische Qualität hat, will Zarbo es in der allernächsten Zeit zur Aufführung bringen.

# Die Bundestagung des Kathol. Deutschen Frauenbundes

Mannheim, 12. März, 1930.

Es ist gute, katholische Sitte, die einzelnen Tage der Generalversammlungen katholischer Vereinigungen und Organisationen mit einer gemeinsamen heiligen Messe einzuleiten. So vereinigten sich am geistigen Morgen um 1/8 Uhr die Mitglieder des katholischen Frauenbundes das hl. Messopfer in der Marienkirche. Die Festpredigt hielt Herr Domkapitular Gröber, der in seiner zu Herzen gehenden Weise über das Thema „Eucharistie und katholische Frau“ sprach. An die eindrucksvolle Predigt schloß sich das hl. Messopfer mit gemeinsamer Generalkommunion der Mitglieder an. Nach einem gemeinsamen Frühstück im Kolpinghaus wurde um 10 Uhr von Frau Hilpp die gut vorbereitete, umfangreiche Ausstellung eröffnet, die einen Einblick in das Schaffen und Wirken der badischen Frauenwelt vermittelt. Landrat Gutth. Vender überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Bad. Innenministers.

## Die erste öffentliche Versammlung

Am 11 Uhr die erste öffentliche Versammlung begann, war der große Saal des Kolpinghauses bis auf den letzten Platz besetzt. Neben den Ehrengästen, die schon am Montag erschienen waren, bemerkte man am geistigen Morgen noch eine Reihe anderer, so u. a. die Gattin des badischen Innenministers Wittenmann, die Prinzessin von Hohenzollern, Ihre Durchlaucht von Oettingen, die Landesvorsitzende des Hessischen Kathol. Frauenbundes, Frau Landtagsabgeordnete Gättemer, die Vorsitzende des Landesverbandes Bayern, Frau Eiber-München, und die Vorsitzende des Landesverbandes Württemberg, Frau Buch-Süß, Frau Rüdiger, die Leiterin der Schule der Seelsozialarbeiterinnen und viele andere.

Sie alle wurden von Frau Clara Siebert aufs herzlichste begrüßt. In Ehrfurcht gedachte sie in dieser Stunde der Schöpferin der Frauenfriedenskirche, Hedwig Dransfeld, die die Vollendung ihres Werkes nicht mehr erlebt habe und der Frau Siebert, der an der Vollendung der Kirche ein besonderes Verdienst zukomme. Ihr Dank galt auch dem stets eifrigen Fräulein Buczkowska und der Frau Maria Kigel für die glänzende Vorbereitung der bis jetzt in allen Teilen so harmonisch verlaufenden Bundestagung.

Begrüßungsschreiben waren vom Prälaten Dr. Stumpf aus Karlsruhe und Domkapitular Fauch aus Freiburg eingelaufen.

Sodann erstattete Frau Clara Siebert einen eingehenden Bericht über die Arbeiten des Landesverbandes im vergangenen Jahre. Wir entnehmen ihm folgende interessante Einzelheiten: Die Bundesarbeit gliedert sich in: Ereignisse und Mitarbeit im Bund, die Arbeit im badischen Landesverband zur Ausbreitung und Förderung des Bundes und seiner Mitglieder, die Arbeit in den Kommissionen und die Bundesarbeit in den Zweigvereinen. Auch wird die Bundesarbeit in den Dienst der anderen weiblichen Organisationen und der gesamten katholischen Frauenwelt gestellt. Die Ausbreitung des Bundes schreitet rüstig vorwärts. Im Berichtsjahre wurden 14 Neugründungen vorgenommen, weitere sind bereits in Angriff genommen. In Kursen werden die Mitglieder mit allen wichtigen Ereignissen und Hilfströmungen aus den Gebieten des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens bekannt gemacht. Besonders angelegentlich läßt sich der A. D. F. die Mitarbeit in der Caritas sein. So kann man abschließend sagen, daß der Arbeit viele waren. Sie wurden freudig und gern geleistet, weil man sich dessen bewußt ist, daß sie einer hohen Idee dienen.

## Die Vorträge

Der übrige Teil des Vormittags war eingehenden Vorträgen aus der katholischen Frauenbundsarbeit Badens gewidmet. Als erste Rednerin sprach Frau Hilpp über: „Badens Hausfrauen“. Sie führte etwa aus: Die Wissenschaft kümmerte sich früher nicht um die Hauswirtschaft. Nach dem Kriege wurde das anders. Man erkannte, daß die Frau weithin den Konsum bestimmt. Nun begann man, sie für die großen Aufgaben innerhalb der Volkswirtschaft zu schulen und zu bilden. Auch die Arbeitsgesetzgebung mit ihren Tarifverträgen, Sozialverträgen, Schlichtungsausschüssen hat der Hausfrau neue Wege gewiesen; die der Interessensvertretung. So ging man auch A. D. F. an eine Sammlung unserer Hausfrauen. Ihre Aufgabe ist die Vertretung der katholischen Hausfrauen in den Ausschüssen und Räten, dann aber auch die Prüfung von Gesetzesvorlagen, die das Hausfraueninteresse betreffen. Wichtig ist die Schulung und Bildung der Hausfrauen für ihre verantwortungsvolle Arbeit. Hier hat die Hausfrauenvereinigung seit ihrer Gründung bereits segensreich gewirkt.

Als zweite Rednerin sprach die ärztliche Fachberaterin der Mannheimer katholischen Eheberatungsstelle, Frau Dr. Ammann über: „Die badischen Eheberatungsstellen“. Sie gab zunächst einen geschichtlichen Überblick über die Entstehung der Eheberatungsstellen. Ihr Zweck war, den weiteren Niedergang der Volksgesundheit durch gesundheitlich unerwünschte Eheschlüsse zu verhindern. Leider entwickelten sie sich aber im Laufe der Zeit zu Beratungsstellen für die Geburtenregelung und zu Verbreitungsmitteln für Verhütungsmittel. So sah sich der A. D. F. genötigt, katholische Eheberatungsstellen zu gründen. Bis jetzt bestehen solche in Mannheim, Heidelberg, Freiburg, Offenburg und Karlsruhe. Bisher wurden 40 Fälle behandelt. Mindestenswert wäre es, wenn auch mehr junge Mädchen die Beratungsstellen aufsuchen würden. Verhüten ist besser als heilen! Zum Schluß richtete Frau Dr. Ammann einen Appell an alle katholische Frauen, überall auf die katholischen Eheberatungsstellen aufmerksam zu machen, damit sie ihrem Zweck entsprechend wirken können zum Segen unserer katholischen Familien.

Den Höhepunkt des Vormittags bildete das ganz ausgezeichnete Referat der Vertreterin im A. D. F. Fräulein Werner über: „Aus Badens Jugendland“. Was sie sagte, entsprang ganz und gar tiefstem heiligen Erleben. Es war keine trockene Schilderung vom Wollen der katholischen weiblichen Jugend, es war ein Appell an die lebendigen geistigen und seelischen Kräfte, die in den jungen Mädchen schlummern. „Innere Gedanken“, so etwa führte sie aus, „wollen nicht um Dinge streifen, die nur Oberflächlichkeiten bedeuten, wie Moden und Sport. Kino, Tanz und neueste Schlager! Wir wollen mit dem Herzen dabei sein können, wenn wir fröhlich sind. Sing und Musikabende“

Herz und Gemüt. Da erschließt sich uns ein Schatz alter, wunderlicher Volkslieder. Um die Weihnachtszeit beginnt bei uns ein besonderes Kreuzen. Wie schaffen wir da, so gern, um Freude in die Kinderherzen der Armen zu setzen! Aber auch politisch wollen wir junge Menschen dabei sein, wo es um Fragen geht, die die Geschichte unseres Staates betreffen. Einen lebendigen Widerhall hat in unseren Herzen der Aufruf des heiligen Vaters zur katholischen Aktion gefunden. Wir wollen Christus in die Welt tragen! Im Lichte der katholischen Kirche wird der Jugendbund zu erstster Gemeinschaft.“ Es lag während dieser Ausführungen wie eine Weihe über der großen Versammlung, die nach der Beendigung ganz spontan den stärksten Beifall auslöste, der bis dahin in Saale gehört wurde. Frau Clara Siebert machte sich in begeisterten Worten zum Dolmetsch der Gefühle, die alle Frauenherzen bewegte.

Das nächste Referat erstattete die Vorsitzende der Landfrauenvereinigung des A. D. F. Frau Haas über: „Badens Landfrauen“. Die Landfrauenvereine fanden auch in der Zeit seit der letzten Generalversammlung großen Anklang. Es sind nicht weniger als 25 solcher Vereine mit 7000 Teilnehmerinnen und Teilnehmerinnen zu verzeichnen. Es wurden land- und hauswirtschaftliche Vortragskurse behandelt. Innerhalb der ländlichen Zweigvereine wurden 23 Kurse abgehalten: Kochkurse, Pflanzkurse, Krankheitspflegekurse, Kurse über Gellingskuche, über gährungslose Fruchterzeugung und Mügellkuche. Sie erfreuen sich alle eines regen Besuches.

Zum Schluß sprach die Landessekretärin Fräulein König über: „Die Frauensekretariate Badens“. Es bestehen zurzeit in Baden 3 Frauensekretariate und zwar in Mannheim, Karlsruhe und Freiburg, die ihre Entstehung ganz besonders der Förderung von Seiten des Herrn Erzbischofs und der Erzbischöflichen Behörde verdanken. Die Arbeitsgebiete der Frauensekretariate umfaßt die planmäßige Bearbeitung aller auftauchenden Frauenfragen, die Vermittlung von Schulung und Aufklärung über: Gegenwartsaufgaben der katholischen Frau, die Einleitung gemeinsamer Aktionen und die Förderung des A. D. F. und der katholischen Frauenorganisationen. Trotz der gemeinsamen Anweisungen weist jedes der drei Sekretariate sein besonderes charakteristisches Gepräge auf. Mannheim, die Industrie- und volkreiche Großstadt steht stark im Dienste einer örtlichen Zusammenfassung. Besonders verdient gemacht hat sich neben Frau Abgeordneter Kigel, die insbesondere für die staatsbürgerliche Schulung der Mitglieder sorgt, Fräulein Dhl, die erhebliche Arbeit leistet. Sie arbeitet außerdem als Schöfkin. Auch in Karlsruhe und Freiburg wird viel geleistet. Unser ganzes Arbeiten ist ein Dienen im Gedanken der Gewinnung der Frauenseele für ein Frauenideal, das dem katholischen Glauben entbricht.

Frau Clara Siebert sprach allen Referentinnen ihren herzlichsten Dank für ihre Arbeiten im Dienste der Bewegung aus. Nach diesem arbeitsreichen Vormittag war das Mittagessen, das man gemeinsam im Kolpinghaus einnahm, wohlverdient.

## Zweite öffentliche Versammlung

Die am Nachmittag abgehaltene zweite öffentliche Versammlung fand unter der Leitung von Fräulein Buczkowska, die mit einem warmen Willkommensgruß die Gäste und Ehrengäste begrüßte. Sie konnte insbesondere begrüßen Abt Adalbert, Graf von Neipperg von Zitz Neuburg, Direktor Schumacher vom Städtischen Fürsorgeamt, Direktor Köbele vom Städt. Jugendamt, Caritasdirektor Edert aus Freiburg, Baronin Maria Kerkerin, Reichsbeauftragte der Landfrauenvereinigung des A. D. F., Frau Professor Blaustein, die die Grüße des Stadtverbandes der Mannheimer Frauenorganisationen überbrachte und Fr. Bogt, die im Namen des Deutschen Caritasverbandes die herzlichsten Glückwünsche zur Bundestagung überbrachte.

Dann sprach Fräulein Dr. Schwarz über: „Frauenanteil in der Heimatgemeinde“.

Sie gab einen umfangreichen und erschöpfenden Querschnitt durch die großen Aufgaben, die in den Gemeinden zu leisten sind und zeigte aus, wo, wie und inwieweit hier die Mithilfe der Frau mündigenswert, ja notwendig ist. Das um so mehr, als die Frau von heute immer mehr mitverantwortlich wird an allem öffentlichen Geschehen. Besonders segensreich könne die Frau wirken in der Armen- und Waisenpflege, bei der weiblichen Polizei, der Erhaltung der weiblichen Obdachlosen, bei der Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten und vielen anderen. Unter diesen Gesichtspunkten ist auch eine geeignete Frauenvertretung in den Gemeindeparlamenten, in den einzelnen Kommissionen und den Verwaltungsdurchgängen mündigenswert. Was Fr. Dr. Schwarz ausführte waren keine nur theoretischen Erwägungen, sondern sie bot sehr viel praktisches Zahlenmaterial, an Hand dessen sie ihre einzelnen Ausführungen erläuterte und darlegte. Ein hartnütziges Schaffen sei der tiefste Kern des Frauendaseins. Leitungen und aufbauende Arbeit, wo immer sich Gelegenheit dazu biete, sei das Rollen der katholischen Frau. Ihre Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Der A. D. F. wird auf daran tun, sich mit den vielen Anregungen, die das Referat bot, noch oft auseinanderzusetzen, um sie immer mehr ihrer Verwirklichung entgegenzuführen.

Den zweiten Vortrag hielt Caritasdirektor Edert über: „Die Stellung der Frau im Ringen um Form und Geist der Wohlfahrtspflege“. Was er zu dieser wichtigen und aktuellen Frage in einseitigem Vortrage ausführte, ist für die gesamte katholische Caritas wegweisend. Wenn er aber warnend eine Stimme gegen die immer stärker zunehmende Schematisierung der öffentlichen Wohlfahrtspflege erhob, so werden auch die städtischen und staatlichen Stellen an diesen Ausführungen nicht achtlos vorübergehen können. Caritasdirektor Edert führte etwa aus: Heute ist die Wohlfahrtspflege nicht mehr das stille Wirken wie früher, heute ist sie zu einem Kampffeld geworden, zu einem Ringen der Weltanschauungen, zu einem Ringen der Parteien. In diesem Ringen sind die katholischen Frauen berufen, mit in die Brezde zu springen, weil sie von Natur, Christentum und Geschichte aus eine Mission haben, einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Es gibt eine Grenze der Wohlfahrtspflege. Da ein persönliches Wirken ein persönliches Wirken, ein Individualisieren nicht mehr möglich ist, muß das Gebiet der Wohlfahrtspflege ausgedehnt werden. Ziel der Wohlfahrtspflege ist eine Fürsorge, die auf Gange geht. Solange der Mensch aus Leib und Seele besteht und für die Ewigkeit geschaffen ist, solange muß eine ganze Wohlfahrtspflege das ganze Wohl des Menschen umfassen. Kein Staat

und keine kirchliche Behörde können von dem Gebot der Nächstenliebe dispensieren. Darum haben wir aber auch ein Recht darauf, in die Gemeinschaft wirksam zu können. Nicht eine liberalistische und sozialistische Gesellschaftsauffassung kann die Form bestimmen, sondern es müssen die Naturgesetze der Gesellschaft beachtet werden. Eine Fürsorge, die nicht auf die naturgegebenen Voraussetzungen Rücksicht nimmt, kann niemals von Bestand sein für die Zukunft. Man یرicht viel von Spezial- und Familienfürsorge. Die Familienfürsorge hat die Oberhand gewonnen; aber damit ist keine endgültige Form gegeben. Nur die Scheidung nach dem inneren Verbundenheit kann maßgebend sein. Ueber das Problem der Vormundschaft, auch der Berufsvormundschaft ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Nicht die schematische Regelung nach alphabetischer Aufstellung kann endgültig sein. Das zweite Ringen ist ein solches um den Geist der Fürsorge. Wird die Paragrafenretterei den Sieg davontragen oder der vernünftige Menschenverstand? Das ist die Frage. Die besten Kräfte würden nicht mehr in die Fürsorge gehen, wenn sie ganz schematisiert würde. Wir sind an dem Punkte, wo die Bilege der Kinder zum Gewerbe wird. Verherbernd waren die Ausführungen des Nationalsozialisten Werf im badischen Landtage zu der Frage der Fürsorge. Weil er Argumente gegen die katholische Caritas haben mußte, operierte er mit falschem Zahlenmaterial. Es sprach aus ihm ein liberaler Geist schlünstiger Prägung, wenn er davon sprach, daß die freie Liebestätigkeit dem Hotelgewerbe scharfe Konkurrenz mache. Das Streben zum Monopolisieren wird auch getragen vom Sozialismus. Wir lehnen derartige Tendenzen ab. Die Stellung der Frau ergibt sich in diesem Ringen von selbst. Sie wird, von dem ersten Geiste Christi befeuert, ihre Aufgabe der Liebestätigkeit zu lösen versuchen. Eine wahre christliche Fürsorge wird es nur dann geben, wenn auch im Armen Christus selbst gehandelt.

Beide Referate wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Frau Clara Siebert dankte den Referenten in herzlichsten Worten für ihre ausgezeichneten Ausführungen und schloß die Versammlung mit einem Wiedersehen am Abend.

## Die große Hauptversammlung

Den Höhepunkt der Bundestagung bildete die prächtig verlaufene Hauptversammlung, die abends um 8 Uhr stattfand. Das etwas ganz besonderes erwartet wurde, zeigte schon die zahlreiche Teilnahme der Vertreter und Vertreterinnen von Behörden und befreundeten Organisationen, sowie der sonstige starke Besuch, der eine völlige Raumvernahme der Galerie erforderlich machte.

Als ein ganz besonders glückliches Zeichen darf es begrüßt werden, daß auch die evangelischen Verbände für die innere Mission und der deutsch-evangelische Frauenbund Vertreterinnen entsandt hatten, die in ihren Begrüßungsansprachen das gemeinsame Ziel herausstellten, das sie mit dem A. D. F. verbinde: positive Arbeit im Dienste des vaterländischen und christlichen Gedankens. Der warme Beifall der Versammlung bewies, welchen Widerhall diese Freundschaftsbeweise in den Herzen der katholischen Frauen fanden!

Unter den Ehrengästen bemerkte man u. a. den Abt Adalbert Graf von Neipperg, Vater von Czernin als Vertreter des Erzbischofs von Neuron den Herrn Rektor der Handelshochschule, Herrn Bürgermeister Büchner, Frau Baronin Kerkerin, Herrn Verleger Johann Gremm, Herrn Profuristen Selterich, sowie eine stattliche Anzahl des Mannheimer und auswärtigen Klerus. Frau Abg. Kigel hieß alle Erschienenen herzlich willkommen. Begrüßungsschreiben waren eingegangen von Herrn Erzbischof, Herrn Prälaten Dr. Schofer, von Herrn Staatspräsidenten und vielen anderen. An den Herrn Erzbischof wurde ein Dank- und Ergebnistelegramm geschickt.

Ein vom Kirchenchor unter Leitung des Dirigenten, Herrn Braumeier, stimmungsvoll vorgelegener Chor leitete zu den Begrüßungsansprachen über. Den Mittel- und Höhepunkt des Abends bildete das begeisterte und begeisternde Referat von

## Fräulein Anna Heidermanns über: „Heimatgut in der schaffenden Frauenhand“.

Eine Wirtschaftsbetrachtung, von einer Frau dargeboten, hat durch die besondere frauliche Note schon an sich ihren eigenen Reiz. Wenn aber noch, wie in diesem Falle, ein tiefes Durchdringen der aufgeworfenen Fragen mit katholischen Grundsätzen hinzukommt, so wird es zu einem seltenen geistigen Genuß. So lauschte man denn gern den ausgezeichneten Ausführungen, die glühvoll und überzeugend vorgetragen wurden und schon deshalb ihrer Wirkung gewiß waren. Fr. Heidermanns zeigte auf, wie das gebrauchsfertige Fabrikat immer weiter in die Lebenshaltung vordringt. In allen Waren ist heute eine große Auswahl vorhanden. Die Mode ist einem schnellen Wechsel unterworfen. Die Qualität der Waren hat sich verschoben. Die Wollmode hat es sich zum Ziel gesetzt, die Bedürfnisse zu steigern. Da ergibt sich die Frage nach dem Sinn des Wirtschaftens. Nicht Wirtschaft um jeden Preis, sondern sinnvolle Wirtschaft, die auf Bedarfsdeckung eingestellt ist, müssen wir erziehen. Viel zu wenig wird noch erkannt, welche große Bedeutung der Verbraucher im Wirtschaftsleben hat. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Erziehung des Verbrauchers. Die katholische Hausfrau muß vom Boden ihrer katholischen Weltanschauung aus einen christlichen Lebensstil entwickeln. Ihre katholischen Grundzüge müssen sich bis in die Einzelheiten ihres täglichen Lebens auswirken. Das ist die letzte Auswirkung der vom heiligen Vater verkündeten katholischen Aktion. Wahre Kultur kann nur einem solchen einheitlichen Lebensstil entspringen. Der brausende Beifall bewies den Willen der anwesenden Frauen, im Sinne der Forderungen Fr. Heidermanns ihr Leben und ihre Hauswirtschaft zu gestalten.

Frau Clara Siebert entwickelte noch in kurzen Zügen in packender Weise die tragenden Ideen des katholischen Deutschen Frauenbundes. Aufgabe der katholischen Frauen sei es, die Welt und Umwelt, die vielfach zur Fremde geworden seien, wieder zur Heimat umzuwandeln. Die drei Grundfesten seien: Familie, Volksgemeinschaft und Kultur. — Auch ihre Worte fanden lebhaften Beifall.

Den Abschluß des Abends, an den sich alle, die daran teilnahmen, noch lange gern erinnern werden, bildeten eine heilige Darstellung des neuen Altarbildes der hl. Lioba von Bucher in Tauberbischofsheim und ein Chor des Kirchenchores der Unteren Pfarrei.

# Badischer Landtag

## Handel und Gewerbe - Das Zinsproblem

### Sitzungsbericht

Karlsruhe, 12. März.

Nach 9 Uhr eröffnete Präsident Dr. Baumgartner die Sitzung, in der die Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern

#### Abteilung Gewerbe und Handel

fortgeführt wurde.

Abg. Dr. Waldin (Dem.) eröffnete die Debatte. Für die Billigkeit des Landesgewerbeamtes sollte möglichst bald die alte Summe eingeführt werden. Die Not des gewerblichen Mittelstandes sei unbestritten und habe ihre Ursache in der Überhebung des Standes, Mangel an Eigenkapital, hohe Zinssätze, Verlegen der Genossenschaftsbanken, Mangel an Solidarität, ungenügende Unterstützung durch Bahn und Post. Vielfach sei der Handwerker guter Arbeiter, aber schlechter Kaufmann, das Substitutionswesen müsse berichtigt werden. Eine besondere Besteuerung des Warenhauses sei abzulehnen. Zu den Belangen des Einzelhandels müsse man sich politisch einstellen. Die Läden des Einzelhandels sollten schon vor 7 Uhr morgens öffnen dürfen, da heute der Staat nicht kaputt. Das Handwerk sei überorganisiert. Die Ausgaben für Handels- und Gewerbeämtern könnten wohl auch gestrichelt werden. Die Entwicklung des Beschäftigungswesens besonders beim Kaufmannsstande sei zu bedauern. Die Errichtung von Betrieben sei vielfach abhängig von der Höhe der Steuern. Die badische Regierung müsse mehr Propaganda für den Reiseverkehr machen. Baden müsse die Linienführung der Ostbahn (Autolinie Hamburg-Basel) gegen württembergische Vorstöße in der ursprünglichen Projektierung erhalten. Die Lage des Mittelstandes sei zwar traurig, aber nicht hoffnungslos, wenn den Worten die Taten folgen.

Abg. Klausmann (Komm.) spricht sich gegen die Warenhaussteuer aus. Der Mittelstand könne sich nur retten, wenn er sich auf die Seite der Arbeiter stelle.

Abg. Ewald (evang. Volksp.) bedauert die Entwicklung der Warenhäuser. Der Mittelstand müsse konkurrenzfähig gemacht werden. Die Warenhäuser müssten höher belastet werden. Die Selbsthilfe des Mittelstandes müsse sich aktiver gestalten.

Abg. Habermehl (Dnall.) schildert die große Not des gewerblichen Mittelstandes und fordert endlich tatkräftige Hilfe. Das Privatkapital sei nötig. Redner richtet scharfe Angriffe gegen das heutige System und die Younggelei.

#### Minister des Innern Wittmann

Weist darauf hin, daß der Landtag nicht der Reichstag sei, daß Stoffe und Fabrik behandelt worden seien, die nichts mit dem Staat zu tun gehabt hätten. Der Staat für Gewerbe und Handel habe freundliche Aufnahme gefunden und es sei begriffen, daß die Beamten, die ihr Bestes hergeben, mit Dank bedacht worden seien. Der Mittelstand bestünde aus Handel und Gewerbe und habe gerade um seiner Aufstiegsmöglichkeit für viele Leistungen für das Gesamtvolk eine äußerst wichtige soziale Funktion. Der Vorwurf des Abg. Metz, als ob das Gewerbeamt eine Beamtenversorgungsinstitution sei, sei mit Entrüstung zurückzuweisen. Was Wert für seine Person billig sei, müsse den Beamten recht sein. Die Abgeordneten vom Mittelstand und Industrie hätten gerade den Beamten lebhaften Dank ausgesprochen. Grenzlandnot, Kreditnot, Schmutzkonkurrenz, furcht die vielfältige Not des Mittelstandes sei der Regierung bekannt und die Regierung tue alles in ihrer Macht Stehende, um Abhilfe zu schaffen. Sie fördert die Ausbildung, fördert die Selbsthilfe als gutes Werkzeug, der Not abzuwehren. Die dem Reichsrat übergebene Denkschrift habe alle diese Probleme berührt. Wenn auch das Reich manches getan habe, so müsse doch noch viel mehr geschehen. Gerade die Tariffrage wolle nicht vom Fleck und sie sei doch eine Grundlage für die Ansiedlung neuer Industrie in Baden. Hier müssten aber die Gemeinden schöpferisch und initiativ vorgehen. Das Kleinstenmengen müßte in den Dienst der Verkehrsordnung gestellt werden. Durch eine schärfere Aufsicht müssten die in den Selbsthilfeorganisationen aufgeschichteten Mittel ihrem natürlichen Zweck zugeführt werden, der bei aller Not doch zum Durchbruch gekommenen Optimismus der mittelständischen Abgeordneten sei erfreulich. Die Regierung sei bestrebt, mit allen Mitteln gegen die Beschäftigungsnot einzuschreiten, besonders werde man den Einzelhandel im Auge behalten müssen. Die Gewerbeordnung gebe der Regierung die Möglichkeit des Einschreitens. Es werde eine Frage künftiger Prüfung sein, ob man noch die große Anzahl der Handwerks- und Handelsämtern beibehalten könne. Die neue Gewerbesteuer bringe auch in die unstrittene und kritisierte Beitragspflicht handwerklicher Betriebe zur Handelskammer eine gewisse Vereinigung. Die badische Handwerkerzeitung „Das badische Handwerk“ sei kritisiert worden; die Regierung sei nicht verantwortlich und sehe es nicht gern, daß politische Kämpfe dort ausgefochten werden müssten. Ein Maulkorb könnte aber der Redaktion nicht angehängt werden. So weit gelegliche Möglichkeiten beständen, würde auch im Bahnbetrieb für Durchführung der Sonntagsruhe gesorgt werden. So weit an den Grenzen Unzuträglichkeiten wegen verschiedener Durchführung der Sonntagsruhe für das Gewerbe entstünden, müssten sie durch Sondermaßnahmen für das Gewerbe paralytisch werden. Die Regierung werde alles tun, um die Autostraße der Ostbahn in ihrer ursprünglichen Linienführung zu erhalten. Die Regierung habe ebenfalls alle Anstrengungen zur Gewinnung des Zerpflanzens für Baden getan. Das Problem bestünde sich augenblicklich im Stadium der Ruhe. Die Anerkennung der Probenanfertigung für Edelmetalle in Karlsruhe sei durchaus verdient und erfreulich. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Beng (natj.) begründet seinen Antrag auf Sonderbesteuerung der Warenhäuser und zieht sich eine Verwarnung des Präsidenten zu, als er Abgeordnete der Bekämpfung von Rottfisch-Geschäft verdächtigt.

Frau Abg. Richter (Dnall.) begründet einen deutschnationalen Antrag, Eindämmung der Ausbreitung der Warenhäuser durch behördliche Maßnahmen, auch durch eine besondere Warenhaussteuer.

Abg. Kratz (natj.) begründet einen nationalsozialistischen Antrag auf höhere Besteuerung des Großhandels und der Banken und eine teilweise Enteignung des Bankkapitals.

Abg. Osterwald (Ztr.) weist darauf hin, daß der vorausgesetzte Ruin und Untergang des Mittelstandes erfreulichweise nicht eingetreten sei. Trotz mächtigen Aufschwungs der Industrie würde ein großer Teil der Gütererzeugung in Handwerksbetrieben vollzogen. Der Mittelstand sei ein hehrsammer nationaler Faktor. Zunächst müßte die Besteuerung als Hauptlast angeführt werden. Das Gewerbe sei unerträglich belastet. Die Konkurrenz im gewerblichen Mittelstand hätten sich gegenüber 1928 um 24 Prozent vermehrt. Weiter mache sich die schwindende Kaufkraft der Landwirtschaft verheerend geltend. Die kleinen Bezirksstädte hätten schwer zu leiden. Das Vorgehen sei anstelle ordentlicher Wirtschaftsförderung getreten, das führe dann nach die hohe Zinsbelastung herbei. Die Wirtschaft liege vor einem Abgrund. Eine besondere Pflege bedürfe der Mittelstand deswegen, weil er einen guten Ersatz bei Arken der Großindustrie darstelle. Man müsse die vaterländisch gesinnten Menschen an ihre patriotische Pflicht der Selbstanlage in der deutschen Wirtschaft erinnern. Der Ruf im Reichstag und Landtag müsse nicht, wenn das Publikum nicht nur deutsch denke, sondern auch deutsch laufe. (Beifall.) Bei der Nationalisierung müsse man auch noch an die Landnot denken. Auf dem Lande wirtschete sich das Nachschubverbot für die Käufer schädigend aus. Mit Recht machten die Regier Front gegen die Zollfreie Einfuhr von Schlachtwild im kleinen Grenzverkehr. In besonderer Not befände sich das Gastwirtschaftsgewerbe, das eine bedeutsame volkswirtschaftliche Rolle zur Herstellung einer aktiven Handelsbilanz spiele. Das Gastwirtschaftsgewerbe habe den Fremdenverkehr zu betreiben und wehre sich mit Recht gegen die einseitige Bedrückung durch das Reichsschlachtengesetz. Die Regelung der Postzeitung müßte anders vorgenommen werden. Es sei ungeheuerlich, daß man eine kleine Übertragung der Postzeitung als ein Vergehen betrachte. Das Zentrum habe noch nie eine sachliche Kritik abgelehnt, aber die Nationalsozialisten betreiben keine sachliche Kritik. Schuldig an unserer Not seien die Kriegsgewinne und die, die mit ihrer Volkserhebung die Autorität der Regierung zu untergraben suchten. Die Wirtschaftspartei habe für den Mittelstand noch nichts geleistet und ihr Erscheinen im Parlament habe das Schicksal des Mittelstandes nicht zum Besseren gewendet. Das Zentrum sei gegen die gerügte wirtschaftliche Zentralisierung nach Berlin; es sei aber auch gegen eine politische Zentralisierung. Die Anerkennung des Landesgewerbeamtes sei zu unterstreichend. Die Regierung müsse alles daransetzen, den großen Fall des Mittelstandes zu verhindern. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Spielmann (Wirtschaftspartei) verbreitet sich im wesentlichen über die Not des Mittelstandes und begründet den Anspruch des Mittelstandes auf Staatshilfe. Die Verengung des Kapitalmarktes sei das schmerzliche Symptom zum Aufschwung des gewerblichen Mittelstandes. Redner legt sich mit einzelnen Parteien auseinander und wendet sich gegen die öffentlichen Betriebe der Kommunen.

Abg. Weismann (Soz.) legt den Standpunkt seiner Partei zur Frage der Sonderbesteuerung der Warenhäuser dar. Wenn die Warenhaussteuer so ergebnis wäre, so hätten die Finanzminister in ihrer Sorge schon sicher danach gegiffen. Die Gegenwehr der Warenhäuser gegen die Sondersteuer habe nur die Lieferanten und damit das Gewerbe getroffen. Die Konsumvereine seien starke Steuerzahler. Die Warenhäuser jüteten vielfach sozial Besseres als der Einzelhändler. Der Handel sei eben zu stark überleht. Die Sozialdemokratie lehne alle Anträge mit Ausnahme des Antrags Nr. 10.

Schluß der Sitzung 1 Uhr. Fortsetzung 4 Uhr.

#### Nachmittagsitzung

In der Nachmittagsitzung, die gegen 4 Uhr eröffnet wurde, kommt zunächst

Abg. Dr. Kauffmann (Ztr.) zu Wort, der sich ausgiebig über die Zinsfrage verbreitet. Die Forderung der Nationalsozialisten nach einer Sonderbesteuerung der Banken sei volkswirtschaftlich gar nicht durchführbar. Es könne sich nie darum handeln, die Steuern zu erhöhen, sondern um die Senkung der Zinssätze. Die Banken würden sofort die höhere Steuerbelastung durch noch höhere Zinsbelastung auszugleichen versuchen. Die Ursache hoher Zinsen geht auf die Inflationszeit zurück, wo die Banken zur Anziehung von Spargeldern hohe Einlagezinsen den Kunden anbieten und demgemäß auch hohe Zinsen zu fordern gezwungen gewesen seien. Es sei bei verschiedenen Banken der Wille zur Zinsherabsetzung vorhanden, aber dieser Wille müsse bei allen Banken vorhanden sein. Während auf dem Warenmarkt die Konkurrenz zum Fall der Preise geführt, habe auf dem Geldmarkt die Konkurrenz der Banken zur Herabsetzung des Geldes geführt. Es nicht eine starke Herabsetzung des Geldmarktes eintritt, sei an eine Senkung des Zinssatzes nicht zu denken, da jede Bank sich fürchtet, Einleger zu verlieren. Es müßten deshalb Höchstzinsen gesetzlich festgelegt werden, wie es früher praktisch auch der Fall gewesen sei. In die Bucherhöchzigkeit müßten auch die Nebenposten für Darlehen einbezogen werden, denn vielfach lauten diese Zinsen geradezu eine vollkommene Demoralisierung geistig-moralischer Sitten. Redner führt Beispiele für Fälle an, wo Banken riesige Nebenposten gefordert hätten. Diese Auswüchse forderten geteilterweise beherrschendes Eingreifen. Leider gingen jetzt auch schon Sparkassen zum Abzug von Disagio über. Das sei verwerflich. (Zuruf: Räuber!) Die Girozentrale Mannheim erkläre auch trotz Senkung des Reichsbankdiskonts wegen der Einlagezinsen nicht an eine Senkung der Ausleihzinsen heranzugehen zu können. Es müßte aber auch die Kapitalbindung in Deutschland gefördert werden und es müßte dafür gesorgt werden, daß dieses Kapital in Deutschland arbeite und verbleibe. Es sei unerhört, was jetzt an deutschem Geld über die Schweizergrenze fliehe. Die Schweiz schomme im Geld. Zur Aufklärung vor den Nationalsozialisten! Es gebe sogar Beamte, die Geld im Ausland anlegten. Das bedeute eine Verflüchtigung des deutschen Reiches. Es müßte eine beherrschende Genehmigung für auswärtige Geldanlage eingeführt werden. Es sei doch

unerhört, daß man das Geld ins Ausland fließen lasse, daß man aber vom Ausland durch die Anleihepolitik der Reichsbank nichts heranzubekommen könnte. Das Unheilvolle der schachistischen Reichsbankpolitik sei gemessen, daß überhaupt keine Sitzungen der Beratungskommission für Auslandsanleihen mehr einberufen worden seien, daß auf diesem Wege die Kommunen zur kurzfristigen Verschuldung getrieben worden seien, dadurch sei der innerdeutsche Zinsfuß unerhört in die Höhe getrieben worden. Wenn der Zinsfuß für Kommunalanleihen herabgesetzt würde, würde der Zinsfuß herabgehen. Eine Herabsetzung der Zinssätze würde Reueinrichtung von Unternehmungen, Anschaffung von Lagerbeständen, kurz und gut eine wesentliche Wiederrückung der Arbeitslosigkeit herbeiführen. Redner weist die Angriffe des Abg. Höbermehl auf das Zentrum wegen des Younggesetzes zurück.

Abg. Ruffbaum (Soz.) geht vor allem mit den Nationalsozialisten ins Gericht und weist die Dürftigkeit ihrer Mittelstandspolitik nach. Es gebe einen nationalsozialistischen Führer im Hochschwarzwald, der Vorsitzender einer Genossenschaft sei, der nicht beim Mittelstand, sondern bei Bahn u. Sohn in Freiburg laufe. (Geheul.) Das große Geschrei über die Belastung und das Verschulden der deutschen Industrie sei irreführend. Die mittelständischen Angriffe auf die Regierbetriebe seien geradezu unerhört, da gerade die Arbeiterklasse der jüdischen Werke zur Entlastung der Umlage dienete. Der Ruf nach Abbau der Gebäudesteuer sei mittelstandstündlich, da gerade der Ertrag der Steuer dem selbständigen Handwerker zugute käme. Redner verlangt objektive Wirtschaftspolitik in der Handwerkskammerzeitung.

Abg. Brigner (Ztr.) wendet sich der Schilderung der Not des Mittelstandes zu. Die Schwarzarbeit sei auch eine Folge der Arbeitslosigkeit. Die Kapitalflucht sei zu bekämpfen.

Abg. Fischer (Dem.) fordert Einheitlichkeit aller Handwerkervertreter durch alle Parteien hindurch in der Verfolgung wirtschaftlicher Ziele. Der Handwerker müsse zur Persönlichkeit erzogen werden und zum Selbstbewußtsein. Das deutsche Handwerk habe einen starken Lebenswillen und werde sich durchsetzen.

Abg. Merl (natj.) versucht einige Angriffe zu parieren.

Abg. Schleiter (Komm.) sieht im Schicksal des Mittelstandes eine Bestätigung der marxistischen Lehre.

#### Innenminister Wittmann

macht die erfreuliche Mitteilung von der Ausschüttung erheblicher Summen an leistungsschwache Wohnungsgesellschaften, sowie für die Zinsverbilligung der Kinderrenten und Kriegesbeschädigten. Außerdem stellt er größere Summen für die Belegung des Wohnungshauses in Aussicht. Ministerialrat Scheffelmaier sagt, die Nationalsozialisten schützten bei ihrem Kampf mit den Warenhäusern das Kind mit dem Bade aus. Die Beamten sollten sich vor der wirtschaftlichen Forderung in Vollen hüten. Was die Bucherfälle in Mannheim betrafte, so könne das Innenministerium der Justizbehörde nicht vorgehen. Eine Neuregelung der Postzeitung mit gelinderer Abmilderung der Übertragung ließe in Aussicht. Die badischen Nachschubgebühren seien in ganz Deutschland die niedrigsten. In der Zinsfrage könne man den Ausführungen des Abg. Kaufmann zustimmen, dessen Vorschläge im Auge behalten würden.

Der Abg. Risch (Zentr.) bittet die Regierung auf eine Verlängerung der Nachschubfrist von 2 auf 4 Jahre hinzuwirken. Nach Bemerkungen der Abg. Risch (Soz.), Ewald (evang. Volksp.) und einem Schlußwort des Abg. Kaufmann (Soz.) folgt die Abstimmung, in der die durchberatenden Positionen und der Antrag des Ausschusses betreffend Schutz des Mittelstandes und seiner Selbsthilfebemühungen mit großer Mehrheit angenommen werden unter Ablehnung nationalsozialistischer und eines deutsch-nationalen Antrags.

In später Abendstunde kommt noch der natj. Antrag, das Schächten von Schlachtwild ohne vorherige Wetzübung zu verbieten.

Abg. Ruffbaum (Zentr.) erstattet einen nahezu einstündigen Bericht, der in erschöpfender Weise unter Heranziehung eines unerschöpflichen historischen und technischen Materials die Materie behandelt. Unter Schächten versteht man das durch den Religionsritus der Juden vorgeschriebene Töten der Schlachttiere durch Galtschnitt. Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung kam zum Entschluß, den nationalsozialistischen Antrag abzulehnen, das Schächten des Oberrates der Israeliten für erledigt zu erklären und die übrigen Wünsche der Regierung zur Kenntnisnahme in dem Sinne zu überweisen, daß geprüft wird, ob die in Baden erlassenen Schächterordnungen zum Zweck eines wirksameren Tiereschutzes nicht noch weiter verbessert werden können.

Die Sitzung wurde dann auf Donnerstag vormittag 9 Uhr vertagt.

## Stimmungsbild

Die zweitägige Debatte über die Notlage des selbständigen gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes fand heute ihren Abschluß. Es ist ohne weiteres klar, daß in einer weitläufigen Debatte dieser für unsere Volkswirtschaft so bedeutsame Problem eine so eingehende Behandlung erfahren hatte, wie es der Wichtigkeit dieser Frage entsprach. Der Mittelstand, der heute schwer um seine Existenz zu ringen hat, hat ein Recht darauf, daß seine Belange auch in den gesetzgebenden Körperschaften mit der nötigen Sorgfalt behandelt werden. Dieser Pflicht hat sich der badische Landtag mit anerkanntem Eifer und unbestreitbarer Gründlichkeit unterzogen. Es ist dabei die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die Mittelstandsvertreter fast aller Parteien eine Fülle von Anregungen zu Tage förderten, die bei praktischer Auswertung in Gesetzgebung und Verwaltung dem schwer ringenden Mittelstand wirtschaftliche Erleichterung zu bringen vermögen. Sowohl die beiden Redner der Demokraten, die heute ihre oppositionelle Stellung ganz vergessen, wie die Liberalen und Sozialisten behandelten das Mittelstandsproblem unter vorwiegend volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. In einer ausgezeichneten Rede gab der Vertreter des Zentrums, Abg. Osterwald, einen großartigen Ueberblick über die Lage des Mittelstandes und war ein gebieter Dolmetsch der Wünsche, die gerade in der heutigen Zeit vom Mittelstand an das Volk sowohl, wie an die Gesetzgebung gerichtet werden müssen. Seine Forderungen, deutsch zu denken und deutsch zu kaufen, fand die lebhafteste Zustimmung des ganzen Hauses. Seine besondere Aufmerksamkeit galt einer geordneten und aktiven Verkehrswirtschaft. Wenn er den Nationalsozialisten gegenüber auf die Ursachen der heutigen Notlage der Wirtschaft und weiter Volkswirtschaft in den Kriegsjahren sah und scharfe Abrechnung mit der volkswirtschaftlichen Kritik der Nationalsozialisten hielt, so haben sich doch die Nationalsozialisten selbst zugesprochen. Dem Minister des Innern, der mit einer erstaunlichen Sachbeherrschung

allen Anregungen willig Gehör schenkte und verbrauch, insbesondere in der Tarifgestaltung und in der Arbeitsbeschaffung für das Handwerk das Menschlichste zu tun, wurde von Rednern fast sämtlicher Parteien Vertrauen und Anerkennung ausgesprochen. Nur den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten blieb es vorbehalten, das heutige System nach dem alten Grundsatz „Kaltet den Dieb“ für die heutige Notlage verantwortlich zu machen. Besondere Gelehrtheit rief es hervor, als der Abg. Osterwald feststellte, daß das Bestehen der Wirtschaftspartei nicht das Geringste zur Förderung der Interessen des Mittelstandes beigetragen habe und der Abg. von Au als Führer der Wirtschaftspartei mit dem resignierten Zwischenschrei „leider“ antwortete. Dieser kurze Zwischenschrei zeigte das Eingeständnis eines vollkommenen Bankrotts der politischen Tätigkeit der Wirtschaftspartei. Die von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen eingebrachten Anträge zur Sonderbesteuerung der Warenhäuser, über die der Abg. Dr. Ruffbaum einen von allen Seiten anerkannten, gründlichen Bericht erstattete, gaben dem Abg. Dr. Kaufmann Veranlassung, außerordentlich interessante Ueberlegungen über das Zinsproblem in seiner ganzen volkswirtschaftlichen Bedeutung anzustellen. In wichtiger Beweisführung zertrümmerte er die Wirtschaftsdemagogie der Parlamentarier und wies nach, daß eine Höherbesteuerung der Banken, wie sie von den Nazi gefordert wurde, nur eine Erhöhung des übersteigerten Zinssatzes zur Folge haben würde. Seine Forderung nach einer Festsetzung eines Zinshöchstmaßes und des Verbots der Kapitalausfuhr aus Deutschland ohne Genehmigung, fand die einstimmige Billigung und den lebhaften Beifall des Hauses. Die Ausführungen des Abg. Dr. Kaufmann haben das Verdienst für sich, die Wirkung der Herabsetzung des Zinssatzes auf die Belegung der Wirtschaft und Hebung der Arbeitslosigkeit klar gemacht zu haben.

# Badische Chronik

## Eine Kraftvolllinie nach Schwellingen?

Wiesloch, 12. März. Der starke Sonntagsverkehr in den Sommermonaten zwischen Schwellingen und dem Büggeland hat, wie wir erfahren, das Kommando Ballhof veranlaßt, bei der Oberpostdirektion Karlsruhe die Schaffung einer Kraftwagenverbindung von Wiesloch über Ballhof nach Schwellingen einzurichten. Der Vorschlag soll der Förderung des Ausflugsverkehrs nach Schwellingen, dessen Schloßgarten ein besonderer Anziehungspunkt für die Fremden bildet, dienen. Eine Entscheidung der Oberpostdirektion liegt noch nicht vor.

Schwellingen, 12. März. (Plötzlicher Tod.) Montagabend wollte ein junger Mann noch im letzten Augenblick zum Mannheimer Zug und hat den Bahnbeamten, um über die Schienen zu laufen, um den Zug noch zu erreichen. Da es eilte, ließ der Beamte dies zu. Als aber der junge Mann, der atemlos dahergeharrt war, mit Hilfe des Schaffners den Zug besteigen wollte, fiel er plötzlich zurück und überließ den Schaffner in die Arme. An Ort und Stelle starb er wenige Minuten nach dem Herzschock. Es handelt sich um den 20-jährigen Albert Benzinger aus Mannheim-Feudenheim, der seit einiger Zeit herzkrank war.

Heßfeld (A. Tauberschiffsbau), 12. März. (Unglücksfall.) Landwirt Adolf Ebermann fuhr in seiner Scheune dem Gefäß auf die Lemme und zog sich schwere Verletzungen zu.

Kenzingen, 11. März. (Madaubrüber.) In der Wanderzehrberge veranstalteten zwei Hamburger Kaurer und ein Mannheimer Arbeiter Klamaxl. Sie vermittelten das Fotal, in dem das Radfahren verabschiedet wurde und brachten das Ausgangstor auf. In den Ortsrat wurde berichtet, geschloßen sie die Jellentüren und überließen den Gendarmenbeamten. Sie konnten schließlich übermäßig und ins Bezirksgefängnis Kenzingen eingeliefert werden.

Krozingen, 11. März. (Schwerer Autounfall.) Der Fahrer schäftig Gernert fuhr ein von Basel kommendes Automobil aus Krozingen in der Nähe von Krozingen gegen einen Baum. Der Fahrer war infolge Uebermüdung eingeschlafen. Er erlitt nur leichtere Verletzungen. Eine im Wagen befindliche Dame dagegen wurde lebensgefährlich verletzt. Sie wurde mit inneren Stunungen und schwerer Schädeltrauma in die Chirurgische Klinik Freiburg eingeliefert.

## Vermischte Nachrichten

Trajektunfall in Remansheim. Friedrichshafen, 11. März. Am Sonntag mittag der in Gülters 888 um 16 Uhr von Lindau hier eingetragene Motorfähre 19 entladen werden sollte, ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Beim Entleeren des Trajektahnes ist die Lokomotive beim Aufwärtsziehen der vier Wagen auf dem betreffenden Gleis des Bahns plötzl. festgefahren. Es mußte deshalb zurückgefahren werden. Dabei kam die Weichung so sehr in Schuß, daß das Steuerhaus des Trajektahnes wie Rindholz abgedrückt wurde und ein Güterwagen in den See gefallen ist. Bei dem Wagen handelt es sich um einen 15-Tonnenwagen der ischschonastatischen Staatsbahn, der voll mit Zucker beladen war. Einem im Steuerhaus des Wagens befindlichen Beamten gelang es gerade noch dem sicheren Tode zu entgehen, daß er kurz entschlossen ins Wasser sprang, um dem er bald danach gerettet werden konnte. Die Lokomotive selbst geriet beim Rückwärtsfahren auf die Trajektbrücke, die beschädigt wurde. Der Tender verankert auf der Weichung, die Lokomotive selbst mit den Vorderachsen auf der Trajektbrücke liegt. In übrigen frei in den See hinausdriftend. Zwei leichte Güterwagen sind ebenfalls in den See getürzt.

Der Einbruch ins Arbeitsamt. Friedrichshafen, 11. März. In der Nacht des 1. März wurde im Arbeitsamt Friedrichshafen, das in den Parterrezimmern des alten katholischen Volkshausgebäudes neben der alten Pfarrkirche seit einem halben Jahre untergebracht ist, eingebrochen und aus einer Geldkassette, die in einem Schreibtisch untergebracht war, die Summe von 615 RM entwendet. Dank der Maßnahmen der Polizeidirektion Friedrichshafen gelang es, den im Verdacht des Einbruchs stehenden ledigen 21-jährigen stellenlosen Kellner Edwin Sauter aus Friedrichshafen in Konstanz festzunehmen. Seitern gelang es auch, seinen Komplizen, den stellenlosen 30-jährigen Otto Rüdiger aus Weersburg, in Friedrichshafen zu verhaften. Die Untersuchung ergab, daß die beiden durch ein Fenster in das Arbeitsamt eingedrungen waren und den Diebstahl begangen haben. Ueber den Verbleib der gestohlenen Summe werden Nachforschungen angestellt.

Zur Südbahntafel des „Graf Zeppelin“. Mit dem Dampfer „Sachsenwald“, der Hamburg am 8. März verlassen hat, begibt sich Marinekapitän A. D. Ernst Wegsch vom Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen nach Pernambuco, um dort in Verbindung mit der Hamburg-Amerika-Linie die Vorbereitungen für die Landung des „Graf Zeppelin“ auf seiner geplanten Süd-

amerikanfahrt zu treffen. In Bord des Dampfers befindet sich neben zahlreichen sonstigen für die Landung erforderlichen Ausrüstungsmaterial und den Reiserpetiten für das Luftschiff auch der Intermar, der unweit Pernambuco aufgestellt werden soll.

Sonderfahrten zu den Oberammergauer Passionsspielen 1930. Der Deutsche Caritasverband will in diesem Jahre auch zwei Sonderfahrten zu den Passionsspielen in Oberammergau veranstalten. Er hat sich hierfür 2 Nachspielstage (31. Juli und 4. Sept. 1930) reservieren lassen. Dieser Plan dürfte sicher von allen Interessierten begrüßt werden. Die Sonderfahrten werden jeweils in zwei verschiedenen Gruppen ausgeführt: Gruppe I fährt nur zu den Passionsspielen nach Oberammergau. Die Fahrt wird in München auf dem Hinweg am 2. März nachmittag und auf dem Rückweg zur Einnahme des Mittagessens unterbrochen. Der ganze zweite Tag ist dem Passionsspiel gewidmet (dreitägige Fahrt). Gruppe II trennt sich nach dem Spieltag, also am dritten Tag von Gruppe I und besucht in einer zweitägigen Autorundfahrt Gohenschwandau, Neuschwanstein (Besichtigung der herrlichen Königsschlösser), Pfaffen, Wurnau, Garmisch-Partenkirchen vierter Tag Aufenthalt dafelbst. Gelegenheit zu einer Bergfahrt auf die Zugspitze oder zu Ausflügen in die wunderbare Umgebung. Der fünfte Tag dient der Besichtigung von Minder (fünftägige Fahrt). Ausgangspunkt der Fahrt: Freiburg i. Br. Zuteilungen sind: Offenburg, Baden-Baden, Rastatt, Karlsruhe, Forstheim, Mühlacker, Heilbrunn, Stuttgart, Ulm a. D. Weitere Haltpellen können nach Bedarf angeordnet werden. Gesamtpreis für die fünftägige Sonderfahrt ab Freiburg RM 60.— In diesem recht mäßigen Betrage sind eingeschlossen die Kosten für Bahnfahrt & Kasse, für die ganztägige Autofahrt Oberammergau—Garmisch-Partenkirchen, für Verpflegung und Unterkunft sowie Vermittlung der Eintrittskarten für das Passionsspiel. Bei Bahnfahrt & Kasse erhöht sich der Gesamtpreis ab Freiburg um RM 15.— für die unterwegs Zuteilungen tritt eine entsprechende Ermäßigung ein. Der Preis für die einfachere dreitägige Sonderfahrt, die sich in der Hauptsache auf den Besuch der Passionsspiele beschränkt, ermäßigt sich auf RM 33.— für solche Interessenten der Oberammergauer Passionsspiele, denen die Teilnahme an diesen Sonderfahrten ungelungen erscheint, kann der Veranstalter Aufschneide für Wohnung und Verpflegung in Oberammergau, die zum Bezug der Eintrittskarten zu den Passionsspielen bezogen, bezogen. Desgleichen Rückfahrten in Gesellschaftsautos für eine Fahrt von München nach Oberammergau und zurück. Eintrittskarten für das Passionsspiel erhält nur der Besucher, der sich rechtzeitig einen Gutschein für Wohnung und Verpflegung in Oberammergau fider. Ausführliche Programme sind erhältlich beim Deutschen Caritasverband, Freiburg i. Br., Westhofmannstr. Dieser erteilt auch jederzeit kostenlos und unverbindlich nähere Auskunft. Anmeldungen zu den Sonderfahrten sind ebenfalls dorthin zu richten.

## Die Nationalsozialisten verurteilen den Nürnberger Mordverbrecher.

Der im Nürnberger Gerichtssaal am 1. März durch eine dreizehnmännliche Jurymehrheit geurteilte Mord und unethische Mißbrauch minderjähriger Mädchen anlässlich des vorjährigen Nürnberger Parteitag der Nationalsozialisten ist für diese davon betroffenen Parteimitglieder natürlich recht peinlich. Nun ist man ja von dieser Seite schon allenthalben gewöhnt bezüglich Totschweigens mißliebiger Vorgänge (man denke nur an die schon ungezählte Male festgesetzte, recht dunkle nationale Vergangenheit eines Hermann Geyer), aber was der „Völk. Beobachter“ (Nr. 55 n. 7. 3. 30) mit dem Nürnberger Urteil anfängt, stellt selbst in diesen Kreisen einen Rekord dar. Das nationalsozialistische Blatt bezeichnet die in den Angelegenheiten festgestellten Zusammenhänge zwischen dem Mordverbrecher Miermann und dem nationalsozialistischen Parteitag einfach als „Behauptung“, für welche auch nicht der Schein einer Wahrscheinlichkeit vorhanden war.

- In der „Ausburger Postzeitung“ lesen wir dazu: Wir haben dazu nur folgende Fragen zu stellen:
1. Wie kommt es denn, daß Miermann ausgerechnet mit einem Transport-Polenzkreuzer nach Nürnberg kommt?
  2. Wie kommt es, daß das von ihm gesteuerte Transportauto mit zwei Polenzkreuzerlaggen geziert war?
  3. Wie kommt es, daß dieses „heimlose“ Auto ohne weiteres in den nationalsozialistischen Kraftwagenpark auf dem Pferdemarkt zugelassen wurde?
  4. Wie kommt es, daß die mit dem für die doch gar nicht existierenden Miermann nach Nürnberg genommenen Nationalsozialisten mit ihm auch die Rückfahrt wieder angetreten haben?
  5. Wie kommt es, daß der Führer dieser nationalsozialistischen Truppe den ihm angeblich gar nichts angehenden Miermann verurteilt, die entführten Mädchen einfach auf der Straße stehen zu lassen?
  6. Wie kommt es, daß der den Nationalsozialisten angeblich absolut unbekanntes Mädchenrüber bei der Gerichtsverhandlung sich des besonderen Interesses des Gerichtsbeobachters, des „Stürmers“, erfreute?

Ueber solche Tafsachen kommt man selbst mit nationalsozialistischer Unverfrorenheit nicht einfach mit der Behauptung hinweg, daß „nicht der Schein einer Wahrscheinlichkeit“ bestanden hätte.

## Ein Hase verursacht den Tod eines Motorradfahrers.

Frier, 11. März. Auf der Chaussee Bellingen kam ein Motorradfahrer auf eigenartige Weise zu Tode. Ein über den Weg laufender Hase lief direkt in das Motorrad hinein, das sich infolge dessen überschlug. Der Motorradfahrer war sofort tot, während sein als Sozius mit fahrender Schwoger mit leichten Verletzungen davonkam.

## Sierundzwanzig Stunden zu spät.

Kassel, 10. März. Der seit 1 1/2 Jahren erwerbslose Schlosser Adermann war infolge Krankheit seiner Frau in Schulden geraten und wurde in der vorigen Woche gepfändet. Da er die Pfändungsfrist verstreichen ließ, wurden am Freitag seine Möbel versteigert. Am Sonnabend bekam er die Mitteilung, daß er bei einer Breslauer Wohlfahrtslotterie 25 000 Mark gewonnen hatte. Nachdem er sich als Losinhaber ausgewiesen hatte, wurde ihm bereits eine ansehnliche Anzahlung gemacht. Er versucht jetzt, die gepfändeten Möbel wieder zurückzukaufen.

Neuer Höhenrekord einer amerikanischen Fliegerin. Die 18 Jahre alte Fliegerin Elmer Smith hat einen neuen Höhenrekord für Flugzeugführerinnen aufgestellt. Sie erreichte eine Höhe von 9755 Meter, bevor dann aber die Befinnung. Als sie aus ihrer Zeitabnung wieder erwachte, war das Flugzeug bereits um 2000 Meter gefallen.

## Ämtliches

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt: Verwaltungsinspektor Friedrich Koch beim Ministerium des Innern zum Ministerialrechnungsrat.

Ernannt: Direktor Paul Huber an der Rotted-Oberrealschule in Freiburg zum Oberregierungsrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt: Ranzleigeheilfe Ludwig Krumpfheller beim Notariat Karlsruhe zum Ranzleassistenten.

Planmäßig angestellt: Gerichtsvollzieher Hans Koll beim Amtsgericht Offenburg.

Berufen: Justizinspektor Karl Ginter beim Amtsgericht Karlsruhe zum Oberlandesgericht, Gerichtsverwalter Friedrich Kleinmann beim Oberlandesgericht zum Amtsgericht Karlsruhe und Ranzleassistent Jakob Roth beim Amtsgericht Konstanz zum Amtsgericht Schopfheim.

Gestorben: Polizeihauptwachmeister Alois Schläpfer in Freiburg, Hauptlehrer Ludwig Kühner in Forstheim, am 24. Februar 1930; Oberlehrer Benelbin Rummel in Ottenheim, am 26. Februar 1930.

## Literatur

Kleinere aktuelle Schriften für das katholische Volk.

(Kantiuswerk Konstanz, Baden.)

Erzählungen-Rundschreiben Plus XI. 32 Seiten. 15 Pf.

Aus hl. Cuelen Nr. 3. Gebet zu Josef! 40 Seiten. 40 Pf.

Aus den Werken des hl. Franz von Sales schäft hier Farrer

W. Holz herrliche Gedanken und Ermahnungen für den Josefmannat.

Kleine Lebensbilder Nr. 1. Der hl. Peter Kantius. 72 S. 20 Pfennig.

Kleine Wegweiser Nr. 5/6: Ein Paradies auf Erden. 64 S. 40 Pf.

Das vorliegende Doppelbändchen von M. Scheinler behandelt in neun kräftig und interessant geschriebenen Kapiteln das christliche Familienleben.

## Weiterbericht

Allgemeine Witterungsübersicht. Karlsruhe, den 12. März.

Auf der Rückseite eines Tiefdruckausläufers ist ein kleines Zwischenhoch nach Deutschland gelangt, wo hellere, vorübergehende Aufhellung und entsprechender Temperaturrückgang durch nächtliche Ausstrahlung eintritt. Auch bei uns kam es nachts wieder zu leichtem Frost in der Ebene. Ein neues Tief liegt heute über Frankreich und wird voraussichtlich nach dem Mittelmeer weiterziehen, so daß wir auch morgen noch im Bereich der maritimen Kaltluft verbleiben werden.

Vorausichtliche Witterung für Donnerstag: Wolkig mit Aufhellungen, tagsüber mild, leichte Nachfröste, vorübergehend trocken bei nordwestlichen Winden.

## P. Friedrich Muckermann

### über „das technische Weltbild und der Katholizismus“

Vortrag im katholischen Akademikerverband Karlsruhe.

Vater Friedrich Muckermann ist in Karlsruhe kein Fremder; er ist weiten Kreisen bekannt geworden durch seine einführenden Vorträge zu dem Film „Die Jungfrau von Orleans“. Damals und schon öfters hat er durch die Kat bewiesen, daß der Katholizismus sehr wohl die Technik in seine Dienste stellen kann. Auch diesmal in seinem Vortrag vor einem engeren Kreise am vergangenen Dienstag in der Technischen Hochschule war seine These die, daß der Katholizismus ohne von seinen Prinzipien abgehen zu müssen, sich die Technik dienstbar machen könne und müsse, um den Kontakt mit dem zu bekommen, was als die ritter und technische Stand heranzwache. Diese Forderung zeigt Vater Muckermann ganz klar und offen in der Front eines, sagen wir mal modernen Katholizismus, der nach seinen eigenen Worten, auch dieses Zeitalter, genau wie all die verflochtenen für erlösungsbedürftig hält und ihnen die Erlösung im Namen Christi nahe bringen möchte. Und dies in der Sprache, welche sie verstehen und in den Formen, welche ihnen geläufig sind. Man weiß, daß das auch die Karole Sonnenheims war und Vater Muckermann verfolgte auch nicht, diesen Namen zu nennen.

Die Fragestellung hieß: die moderne Technik ist da, der Mensch wird darauf niemals verzichten; die Frage ist, ob das Christentum damit ein Bündnis schließen kann. In Literatur führte der Redner an die Briefe Guadalinus vom Comer See, ein Buch des Münchener Professors Ropp über dieses Problem und Collin Koh. In dem Hauptteil seines Vortrags sagte der Redner die Vorwürfe gegen die Technik zusammen und stellte dem das Positive gegenüber, das aus ihr herauswächst. Von den Vorwürfen sind es hauptsächlich zwei: die Technik führe zu einem trostlosen Materialismus und sie entferne den Menschen von der Natur, entwurzele ihn. Demgegenüber nun zog Vater Muckermann die Verbindungslinien von der Technik zu Gott, zur Ethik und zur Kunst. Mit Deffauer und dessen bekannter „Philosophie der Technik“ unterrichtete er den Prozeß des „Erfindens“ und nannte es ein Finden der Spuren Gottes in der Natur. Sehr gut legte er auseinander, wie alles das, was durch die Technik die Sinnen berührt, Hindernisse auf den Namenlosen und unsichtbaren Gott seien. So z. B. die ungeschützten Dimensionen, die uns die Beziehungen der Atomen über das Weltall auslegen. Aus der Sachlichkeit der Tech-

nik erwache aber auch ethische Haltung; Pflicht zur Verantwortung, zur sachlichen leidenschaftslosen Eingabe und vor allem der Verantwortung. Alles das, was sich als Klammertamp in der Sphäre der Technik bzw. der Industrie abspiele, sei zwar ethisch nicht verwandt, aber als Kampf, als lebendige Entwicklung notwendig und müsse durch sinnvolle Synthese aufgelöst und in einem universalen Sinne zusammengeführt werden. Als letztes aber zog der Redner die Entwicklungslinie von der modernen Technik zur Kunst. Da sei zwar noch nicht vorhanden, aber immerhin böten doch die modernen Kirchen, die in Industriegebieten entstanden sind, Anzeichen dafür, daß sie auch für liturgische Zwecke anwendbar sei. Mit der in der Anfang unseres Berichtes gestellten Forderung bzw. These, daß der Katholizismus hier nicht untätig abseits stehen dürfe und entschlossen die Aufgaben der Zeit erkennen müsse, schloß der Redner seine Ausführungen.

Wir haben selbstverständlich den Gang seiner Diktionen und Ausführungen nicht berichten können. Es ist das die Stärke Muckermanns, in seinem Schreiben sowohl wie in seinen Reden. Darauf auch ist seine außerordentliche Popularität und der Beifall des Abends zurückzuführen.

## Vom Tonfilm

### Die Träger des Film-Tons: Schallplatte, Filmband und Stahlband.

Die Zahl der Patente, die den Tonfilm-Aufnahme- und Wiedergabe-Verfahren zugrunde liegen, ach in die Tausende. Die meisten aber konzentrieren sich im Prinzip auf drei Systeme, wenn man die Verfahren näher ins Auge faßt, die heute in der Praxis die Führung übernommen haben. An erster Stelle steht das „Vocalion“- oder „Sicht“-Verfahren. Wie der deutsche Name schon erkennen läßt, handelt es sich hierbei um die Aufzeichnung der vom Mikrofon aufgenommenen Schallschwingungen auf den Rohfilm mittels Lichteffekt. Der Ton wird zugleich mit der sichtbaren Handlung auf den Filmstreifen fotografiert, um hierauf zwischen der Perforierung und dem Bildstreifen eine Konfala abzugeben. Wie beim Radio werden die Schallschwingungen mittels Mikrofon zunächst in elektrische Schwingungen und dann in Lichtschwingungen umgewandelt, die sich fotografieren bzw. auf den Rohfilmstreifen projizieren lassen, wobei sie sich als verschobene fast gekrümmte Flecken abzeichnen, die später bei der Vorführung wieder in Schallschwingungen zurückverwandelt werden. In zweiter Stelle steht das „Disc“-Verfahren, das von „Edison“ und „Decca“ vertreten ist, das sich der Schallplatte bedient. Letztere wird zwangsweise mit dem Vorgang auf dem Bildstreifen verbunden, um auf diese Weise eine synchrone Darbietung zu erhalten, die, wie beim Lichttonfilm, sich nicht nur auf das rein Orchesterle befränkt, sondern auch Geräuscheffekte, Sprech- und Gesangs-Einlagen, wie das

Schallbild sie andeutet, umfaßt, dieses Verfahren stellt an sich nichts neues dar, da es gewissermaßen auf dem gleichen elektrischen Aufnahmeprinzip beruht, welches bei der Herstellung von Grammophonplatten in Erscheinung tritt, nur mit dem Unterschied, daß hier die akustischen Vorgänge mit den optischen zwangsläufig verbunden werden. — An dritter Stelle hätten wir dann das „Magnetton“-Verfahren. Dieses beruht auf der Erscheinung, daß Stahlband mittels Wechselstrom hörbar magnetisiert wird, so daß die auf diese Weise „aufgedruckten“ Töne auf elektrisch-magnetischen Wege Lautsprechern zugeführt werden können.

Das Schwierigste bei den Tonfilmaufnahmen ist nun die Erzielung einer absolut genauen Zusammenarbeit, die völlige Uebereinstimmung von Optik und Akustik, Synchronismus genannt. Bild und Ton müssen natürlich bei der Vorführung des Films gleichzeitig in Erscheinung treten, wie es dem sinngemäßen Zusammenhang entspricht. Es geht also nicht an, daß ein Darsteller Mundbewegungen macht, wobei der Film stumm bleibt, und die Töne erst dann zu Gehör kommen, wenn eine Geste schon wieder etwas anderes verkündet. Interessant ist hierbei, daß der Ton mit 36,2 cm Vorsetzung neben dem Bild kopiert wird. Das Hörbare gelangt also, rein technisch betrachtet, aber ohne daß der Zuschauer es merkt, früher zur Wiedergabe, als das Sichtbare und zwar deswegen, weil das Gehör langsamer aufnimmt, als das Auge. Bei dem Platten-Verfahren erhält der Film Markierungen, die dem Vorführer genau angeben, wann der Grammophonist aufgesetzt bzw. eingeschaltet werden muß. Der Weiterlauf des Projektors und des Grammophons ist dann synchron. Verspätetes oder vorzeitliches Einsetzen der Nadel kann durch eine Reguliervorrichtung richtiggestellt werden, was besonders bei Dialogen der Darsteller außerordentlich wichtig ist. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, auf Einzelheiten einzugehen. Jedenfalls kann man sich an Hand des Vorbergesagten schon einen Begriff davon machen, daß nicht nur die Tonfilmaufnahme, sondern auch die Wiedergabe im Kino eine viel kompliziertere ist und bei weitem mehr Aufmerksamkeit und Sorgfalt erfordert als beim stummen Film, so daß der Vorführer des Films einen nicht unbedeutlichen Anteil an dem Gelingen hat, wenn die Projektion von Bild und Ton absolut synchron ist.

Theaterkandal in Leipzig. Während der Uraufführung der Oper „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“ von Bert Brecht und Weill im Laueu Theater kam es zu einem Skandal, wie ihn das Theater noch nicht erlebt hat. Schon zu Anfang zeigte das anserkaufte Haus Unruhe, die sich mehr und mehr steigerte, je obzöner die Szenen wurden. Als sich die politische Tendenz immer mehr durchsetzte und sich der Demonstrationzug auf der Bühne im sogenannten finale in Bewegung setzte, ertönten laute Zwischenrufe, die das Fallen des Vorhanges verlangten. Während des Schlußaktes begann ein wildes Pfeifen und Loben, das sich nach Fall des Vorhanges noch in leidenschaftlicher Weise fortsetzte.



# HANDEL / WIRTSCHAFT / VERKEHR

## Um die Erneuerung des Kohlsyndikats

Wirtschaftsbrief aus dem Ruhrgebiet.

Am 31. März läuft bekanntlich der Vertrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats ab. Es sind also nur noch knapp drei Wochen bis zu dieser Frist. Die Verhandlungen müssen daher schon früher zum Abschluß gekommen sein, da der Reichswirtschaftsminister den Vertrag erst überprüfen muß und sich zu dieser Prüfung eine gewisse Zeit auserbieten hat. Man kann es deshalb verstehen, wenn die Verhandlungen nunmehr mit aller Macht vorwärtsgetrieben werden und der große Erneuerungsausschuß in Permanenz tagt. Nachdem am vergangenen Donnerstag zum ersten Male die Mitgliederversammlung wegen der Erneuerungsfrage tagte, sollen in dieser Woche gleich zwei Sitzungen stattfinden. Ob es zu einer Einigung in der Umlage kommt, ist mehr als ungewiß, denn die Gegensätze waren von Anfang an ziemlich groß. Wahrscheinlich wird man sich erst in den bekannten letzten fünf Minuten verständigen. Immerhin konnte in zwei Fragen die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder erreicht werden und zwar in der Frage des Handels und in der Frage der Beteiligungen. Wenn auch diese Fragen solche zweiter Ordnung sind, so gebührt ihnen doch immerhin größte Beachtung, da die geplante Neuregelung für das kommende Syndikat von allergrößter Wichtigkeit ist.

Die vorgeschlagene

### Neuregelung der Handelsfrage

Im bestrittenen Gebiet geht im wesentlichen dahin, daß die bisherigen Vorrechte des Zechenhandels wegfallen und der Syndikatsvorstand in der Behandlung des Geschäftes freiere Hand erhält. Bis jetzt mußte nämlich das Syndikat allen Gesellschaften, die im bestrittenen Gebiet Handel treiben, Offerte machen. Die Folge davon war, daß die einzelnen Aufträge stark umkämpft wurden, was sich in den Erlösen sehr unangenehm auswirkte und auch die Umlage, die ja zur Deckung der Mindere Erlöse dient, stark beeinflusste. In Zukunft braucht das Syndikat nun nicht mehr den Zechenhandelsgesellschaften Offerte zu machen. Es kann einzelne Firmen aussuchen, die es mit der Erledigung des Auftrags beauftragt. Dadurch fällt die starke Konkurrenz fort, zumal die Auswahl so getroffen werden soll, daß bei den einzelnen Kunden diejenigen Gesellschaften berücksichtigt werden, durch die schon früher vorwiegend die Belieferung erfolgte. Diejenigen Firmen, die früher versuchten, hier und dort sich einzudrängen, durch starke Preisunterbietungen Gelegenheitsgeschäfte zu machen, werden also a priori ausgeschaltet. Damit würde also ein gewisser Ausleseprozeß einsetzen, der zum Schluß nur noch die tatsächlich leistungsfähigen und notwendigen Handelsgesellschaften übrig läßt. Ob es zu einer Ausschließlichkeitsklausel, also zu einer Verpflichtung des Zechenhandels kommt, keine fremde Kohle mehr zu vertreiben, läßt sich noch nicht erkennen. Eine solche Regelung wäre ohne Zweifel durchaus logisch, da es doch keineswegs angeht, daß Zechenhandelsgesellschaften mit fremder Kohle ihrer eigenen Kohle Konkurrenz machen. Die fremde Kohle — und ganz besonders die englische — hat infolge der günstigen Frachtverhältnisse im Hamburger Revier einen ziemlichen Vorsprung und kann mit Leichtigkeit und ohne Verluste die Ruhrkohle unterbieten. Ist aber die englische Kohle gänzlich auf sich angewiesen, bemühen sich die Handelsgesellschaften der Ruhrzechen nur um den Vertrieb von Ruhrkohle, dann darf man wohl ohne weiteres erwarten, daß sich der Absatz an Ruhrkohle im Hamburger Gebiet belebt und daß sich auch die Preise bessern.

Auch die Regelung der

### Beteiligungsfrage

darf man nicht so ohne weiteres übergehen. Bis jetzt hatte nämlich jedes Mitglied Anspruch auf Beteiligungszuwachs, wenn es eine Doppelschichtanlage in einem unverritzten Kohlenfeld niederbrachte. Bei Freigabe der Förderung erhielt es für eine solche Anlage zunächst 500 000 t, die dann im Laufe der Zeit auf 1 Mill. t anwachsen. Dieser Beteiligungszuwachs mußte auch dann gewährt werden, wenn die Marktverhältnisse ungünstig war. War die Beschäftigung der Zechen schon schlecht, so wurde sie noch schlechter, wenn erst eine Gesellschaft für ihre neue Anlage Anspruch auf Beschäftigung hatte. Die 500 000 t, die der Gesellschaft, die mit einer neuen Doppelschichtanlage im Betrieb zukam, zugewiesen wurden, würden nämlich allen anderen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Beteiligung abgenommen. Da eine solche Entwicklung für diejenigen Syndikatsmitglieder, die keine Doppelschichtanlage niederbringen konnten oder wollten, nicht erfreulich war, läßt sich denken, erst recht dann, wenn die Förderung infolge der schlechten Absatzverhältnisse stark eingeschränkt werden mußte. Nun ist bekannt, daß die jetzigen Beteiligungsziffern beim Syndikat nicht die wirkliche Leistungsfähigkeit der Zechen angeben. Die Beteiligungsziffern sind zu groß, sind verwässert. Das sieht man am besten daran, daß in den letzten Jahren die Verkaufsbeteiligungsziffern nie zu mehr als 68 Prozent ausgenutzt wurden. Auch in der Zeit des englischen Bergarbeiterstreiks, wo die Zechen kaum das liefern konnten, was das Syndikat verlangte, wurde eine Ausnutzung, die über 75 Prozent lag, nicht erreicht. Es ist also anzunehmen, daß die Kapazität der Zechen nach oben hin bei einer 75prozentigen Ausnutzung der Verkaufsbeteiligung liegt. Dieser Auffassung scheint man im Syndikat auch selbst zu sein. Im neuen Syndikat soll nämlich ein Betriebszuwachs nur dann gewährt werden, wenn in einem Geschäftsjahr der auf die Verkaufsbeteiligung in Anrechnung kommende Absatz 75 Prozent der am Ende des Geschäftsjahres gültigen Verkaufsbeteiligungen übersteigt. Also in Zeiten, in denen die Verkaufsbeteiligungen nicht zu 75 Prozent ausgenutzt werden — und das sind selbst solche Jahre, wie das abgelaufene, das doch sicherlich für den Ruhrbergbau nicht ungünstig war —, gibt es kein Beteiligungszuwachs. Man kann also sagen, daß unter dem neuen Syndikatsvertrag jeglicher Beteiligungszuwachs unmöglich ist, da sich kaum denken läßt, daß die Konjunktur sich derart günstig entwickelt, daß der auf die Verkaufsbeteiligung in Anrechnung kommende Absatz noch um 10—20 Prozent größer ist, als im Jahre 1929. Bei einer Gesamtverkaufsbeteiligung von rund 140 Mill. t bedeutet das nämlich eine Steigerung von etwa 14—18 Mill. t jährlich. Den Zechen wird also der Anreiz, neue Schichtanlagen niederzubringen, genommen. Aber auch in anderer Hinsicht ist der Beschluß beachtlich. Da das Syndikat keinen Zuwachs mehr gewährt, müssen sich die Mitglieder, falls sie nicht auf eine bessere Beschäftigung verzichten können, um nicht zu dauernden Unrentabilitäten gezwungen zu werden, anderweitig Quoten zu verschaffen suchen. Die einzige Möglichkeit wäre hier die des Quotenkaufs. Daß dabei die großen Gesellschaften bessere Aussichten haben als die kleineren, liegt ohne weiteres auf der Hand. Schwache Zechen werden kaum über die Mittel verfügen, notwendigenfalls Quoten aufkaufen zu können, sie fallen eher selbst den kapitalkräftigen Zechen als reife Früchte zu. Als Auswirkung des Beschlusses kann man also erwarten, daß die Zusammenfassung der Produktion im verstärkten Maße eine Neuaufgabe erlebt, aber auch, daß der Konzentrationsprozeß über kurz oder lang seine Fortsetzung findet und die Zahl der Unternehmen des Ruhrbergbaus eine weitere Verringerung erfährt.

Man sieht also, welche starke Kräfte zurzeit am Werke sind: Ein kommender Machtkampf soll durch Vertragsparagrafen untermauert werden.

## Wirtschaftsschau

Unveränderte Lage in der Baumwollwebererei.

Der Gesamtverband Deutscher Baumwollweber E. V. berichtet: „Der Auftragsseingang war sehr uneinheitlich. In der Buntwebererei war die Lage etwas besser als in der Rohwebererei; denn einige Betriebe, die auf leichte Sommerware arbeiteten, konnten eine kleine Belebung des Auftragsseingangs verzeichnen. Dagegen war die Witterung für die Produktion und den Absatz von Winterware sehr ungünstig. Die Ausverkäufe und Weißen Wochen haben den Erwartungen im allgemeinen nicht entsprochen. Die Betriebseinschränkungen haben im allgemeinen im letzten Monat wohl nicht weiter zugenommen. Nach wie vor standen die Preise unter einem außerordentlich starken Druck und konnten in sehr vielen Fällen nicht gehalten werden. Die Zahlungseingänge waren sehr schlecht und die Ausfälle in der Kundschaft nehmen zu. Die Exportlage war im allgemeinen schlecht, soweit es sich nicht um Spezialfabrikate handelte.“

## Börsen

Berlin, 12. März. Die gestrige Annahme der Young-Gesetze in zweiter Lesung läßt die glatte Verabschiedung der Vorlage am heutigen Tage gesichert erscheinen, die widerspruchsvolle Wahl Dr. Luthers zum Reichsbankpräsidenten befriedigte. Für die Börse bot die Aussicht auf den Wegfall der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte einen starken Anreiz. Am Arbeitsmarkt zeigte sich eine leichte Entspannung; eine Tatsache, die mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen wurde. Zu den ersten Kursen trafen weniger Aufträge ein, als man vorher angenommen hatte, und es kam deshalb nicht immer zu den vorbörslich erwarteten starken Gewinnen. Immerhin besserte sich das Niveau allgemein um 1—3 Prozent. Darüber hinaus gewannen Bemberg 6 Prozent, Tietz und Berger 5 Prozent, Siemens und Polyphon 4 1/2 Prozent, Bergmann 4 1/2 Prozent, Salzfürth 4 1/2 Prozent und Schubert und Salzer, Aschaff, Zellstoff und Zellstoff Waldhof 3 1/2 Prozent. Buderus, Mannesmann, Byk Gellert, Riebeck Montan und Dtsch. Waffen eröffneten gleichfalls recht fest. Im Verlaufe wurde es hauptsächlich auf einzelne Spezialbewegungen hin, etwas lebhafter und fester. Auf das immer wieder auftauchende Gerücht von einer Fusion oder Interessengemeinschaft zwischen Hapag und Lloyd kam es am Schiffahrtsmarkt zu Besserungen bis zu 1 1/2 Prozent. Dessauer Gas, bei denen jetzt nach der Annahme des Liquidationsabkommens mit Polen die Entschädigungsansprüche wieder durch das Deutsche Reich zu regeln sind, gewannen 1 Prozent. Anleihen, freundlich. — Privatisierung um 1/2 Prozent ermäßigt auf 5 1/2 Prozent.

## Warenmärkte

Berliner Produktenbörse vom 12. März. Weizen, märk. 232 bis 235, Mai 252,50—251,50, Juli 260—259, Roggen, märk. 139 bis 144, Mai 161—160, Juli 164—163, Braugerste 160—170, Industrie- und Futtergerste 140—150, Hafer, märk. 119—128, Mai 132—130, Juli 138—136,50, Mais, loco Berlin 155—156, do. waggonfrei ab Hbg. 142, Weizenmehl 26,50—34, Roggenmehl 20—23,50, Weizenkleie 8—8,50, Roggenkleie 7,25—7,75, Viktoriaerbsen 20—25, kleine Speiserbsen 18—20, Futtererbsen 16 bis 17, Peluschen 16—18, Ackerbohnen 16—18, Wicken 18—23, blaue Lupinen 12,50—14, gelbe Lupinen 16—17,50, neue Sera della 25—29,50, Rapskuchen 12,50—13,50, Leinkuchen 16,50 bis 17,50, Trockenschrot 6,50—6,70, Soyaextraktionsschrot 13,50 bis 13,30, Kartoffelflocken 11,50—12.

Berliner Metallbörse vom 12. März. Elektrolytkupfer 170,75, Raffinadekupfer 148—150, Standardkupfer 133—135, Standardblei 36,75—37,25, Original-Hütten-Aluminium in Blöcken 190, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 194, Reinnickel 350, Antimon-Regulus 57—60, Silber in Barren per kg 56,50—58,50, Gold Freiverkehr per 10 Gramm 28—28,20, Platin Freiverkehr per 1 Gramm 6,50—8,50.

Karlsruher Produktenbörse vom 12. März. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel: Im ganzen Wochenverlauf hat die ruhige Stimmung angehalten. Nur Landweizen hat etwas an Interesse gewonnen, wenn auch die Geschäfte immer noch ohne nennenswerten Umfang bleiben. Süddeutscher Weizen (Durchschnittsqualität der Ernte 1929) 26,50—26,75, deutscher Roggen (Durchschnittsqualität der Ernte 1929) 17 bis 18, Braugerste, je nach Qualität 18—20, Sortier-Futtergerste 13,25—16, deutscher Hafer, gelb oder weiß, je nach Qualität 15,25—16,25, Plata-Mais, zollbegünstigt 15,50—15,75, Weizenmehl, Mühlenförderung einschl. Zolzuschlag 38,25, Roggenmehl 60/65 % 24,75—27, Weizenbrotmehl (Futtermehl), je nach Fabr. prompt 9—9,50, Weizenkleie, fein, prompt 8,25—8,50, Weizenkleie, grob, prompt 8,75—9, Biertreber, je nach Qualität, prompt 11,50—12, Malzkeime, je nach Qualität 11—12, Trockenschrot, prompt je nach Fabrikat 14—14,75, Soyaextrakt, südd. Fabrikat, je nach Lieferzeit 14,50—15, Leinkuchenmehl, je nach Fabrikat 18,75—19,75, Speisekartoffel, gelbl. 5,50—6, Speisekartoffel, weißl. 4 RM. Raufuttermittel: Loses Wiesenhau, gut, gesund, trocken 8—8,50, Rotkleehu 9—9,25, Luzerne, je nach Qualität 9—9,50, Stroh, drahtgepreßt, je nach Qualität 5,50 bis 5,75, Alles per 100 Kilo, Mühlenfabrikate, Mais, Biertreber und Malzkeime mit Getreide und Trockenschrot ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertigfabrikate Parität Fabrikation. Waggonspreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Alle Preise von Landesprodukten schließen sämtliche Spesen des Handels, die vom Ankauf beim Landwirt bis zur Frachtparität Karlsruhe entstehen, und die Umsatzsteuer ein. Die Erzeugerpreise sind entsprechend niedriger zu bewerten. Abteilung Weine und Spirituosen: Lage unverändert.

Weinmarkt Offenburg am 11. März. Zum 52. Male hatte die Stadt Offenburg zum jährlichen Weinmarkt eingeladen. Zum Verkauf waren 175 Sorten Weine angeboten, die Verkaufsmenge betrug 1964,7 hl offene Weine und 6800 Flaschenweine und zwar 114 Ortenauer Weine (1149,7 hl und 600 Flaschen), 12 Weine aus der Gegend von Achern und Bühl (107 hl und 800 Flaschen) und ferner 49 Weine aus der Gegend vom Kaiserstuhl und Breisgau (708 hl und 5400 Flaschen). Die Preise für die angebotenen Weine sind aus folgender Uebersicht ersichtlich:

L. Ortenauer Weine: 1. Bergwein, 1929er: Fessenbach 80, 85 RM.; Ortenberg 90 RM.; Schloß Staufenberg, Durbach 110 RM.; Rammersweier 65 RM.; 1928/1929er: Diersburg 85 RM.; Zell 85 RM.; 1928er: Nußbach 90 RM.; Rammersweier 65 RM.; Zell 70, 75 RM.; 2. Weißherbst, 1929er: Einach 110 RM.; Tiergarten 105, 120 RM.; Hesselbach 105 RM.; Durbach 100, 105, 115, 120 RM.; Bottenau 105, 115, 120 RM.; Fessenbach 120 RM.; Ortenberg 100 RM.; Diersburg 130 RM.; Zell-Weierbach 115, 125 RM.; Rammersweier 135 RM.; Zell 100, 140 RM.; 1928er: Durbach-Steinberg 130 RM.; Flasche 130 RM.; 3. Sylvaner, 1929er: Einach 90 RM.; Ortenberg 110, 120 RM.; Diersburg 100 RM.; 1928er: Einach 110 RM.; 4. Ruländer, 1929er: Gaisbach 130 RM.; Durbach 130, 160 RM.; Fessenbach 120 RM.; Schloß Staufenberg 160 RM.; 5. Riesling, 1929er: Ringelbach 90, 100 RM.; Einach 100 RM.; 1928er: Einach 110 RM.; 6. Klingenberger, 1929er: Fessenbach 130 RM.; Haslach 100 RM.; Tiergarten 115, 120, 125 RM.; Durbach 150, 140, 120, 115, 110 RM.; Zell 120 RM.; Butschbach 120, 125 RM.; Bottenau 115, 120 RM.; Wolfbach 120 RM.; Illental 130 RM.; Ortenberg 150 RM.; Schloß Staufenberg 150 RM.; Diersburg 110 RM.; Rammersweier 95

## Spargelder als Lückenbüsser

Von zwei Seiten ist in neuester Zeit ein Rückgriff auf das Sparkapital erfolgt, vom Reich und von den Kommunen. Zur teilweisen Deckung des Defizits aus der Arbeitslosenversicherung sollen den anderen Sozialversicherungen, also der Invaliden- und Angestelltenversicherung, 150 Mill. RM. Reichsbahnvorzugsaktien verkauft werden, die diese Versicherungsträger aus ihren Rücklagen bezahlen. Der Erlös soll dann der Arbeitslosenversicherung zufließen. Man hat also die ursprüngliche Idee einer direkten Verkopplung der auf guten versicherungstechnischen Grundlagen beruhenden Invaliden- und Angestelltenversicherung mit der aus politischen Gründen immer mit Unterbilanz arbeitenden Arbeitslosenversicherung verzichtet. Im Grunde genommen ist aber auch der jetzige Vorschlag nichts anderes, denn die Reichsbahnvorzugsaktien sind kein marktgängiges Wertpapier. Sie können nicht ohne weiteres flüssig gemacht werden, wenn es einmal nötig wird, aus den Rücklagen der Sozialversicherungen größere Zahlungen zu leisten. Denn wäre die Verwertung möglich, dann hätte man ja gar nicht den Umweg über die Sozialversicherungen nötig gehabt.

Eine ähnliche Aktion wie das Reich nehmen jetzt die Gemeinden vor. Die Bestrebungen gehen dahin, einen erheblichen Teil des Einlagenzuwachses bei den städtischen Sparkassen im Kommunalkreditgeschäft langfristig anzulegen. Kurzfristige Kommunalkredite sollen dadurch in langfristige Anleihen umgewandelt werden.

Zwischen den Aktionen des Reiches und der Gemeinden besteht nun eine große Ähnlichkeit. Beides suchen die Spareinlagen für ihre Zwecke dienstbar zu machen. Denn auch die Rücklagen der Sozialversicherungen sind nichts anderes als Spareinlagen, die — allerdings mit gesetzlichem Zwang — für die Tage des Alters gemacht werden. Die Einlagen bei den Sparkassen dienen ebenfalls zum großen Teil der Altersversorgung oder als Notgroschen. Diese Mittel werden nunmehr immobilisiert. Der Hinweis, daß die Gemeinden über so große Werte verfügen, daß diese bei den Sparkassen aufgenommenen Kredite unbedingt gesichert seien, dürfte wohl in den allermeisten Fällen zutreffen. Bonität und Verwertungsmöglichkeit sind aber nicht dasselbe. Auch die Reichsbahnvorzugsaktien sind ein in bezug auf Sicherheit über alle Zweifel erhabenes Papier. Es handelt sich aber darum, ob diese Kapitalanlagen im Falle der Not flüssig gemacht werden können und das muß jedenfalls verneint werden.

Dazu kommt, daß die jetzt von den Sozialversicherungen bzw. den Sparkassen zu gewährenden Anleihen gar nicht zur Bestreitung verbender Anlagen dienen, sondern nur Defizite decken sollen, die aus dem Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben entstehen. Der sozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Quessel schreibt dazu in den sozialistischen Monatsheften:

„Ueberall da, wo sich in Deutschland durch individuelle oder kollektive Sparsamkeit Kapital bildet, wird dieses von der öffentlichen Hand an sich gezogen, um die Personal- und Gehaltsinflation aufrecht zu erhalten. Ueberall sitzen heute gewaltige Bürokratien hinter leeren Kassen und erschöpfen naturgemäß ihre Kräfte im Leerlauf.“

Gerechterweise muß man zugeben, daß bei den Städten insbesondere der außerordentlich gestiegene Fürsorgeaufwand an den Haushaltsfehlbeträgen mitschuldig ist. Das ändert jedoch nichts an der grundsätzlichen Beurteilung der Art der Deckung dieser Ausgaben.

Am schlimmsten wird von dieser Politik der Wohnungsbau betroffen werden; denn Sozialversicherungen und Sparkassen waren bis jetzt die Hauptgeldgeber am Wohnungsmarkt. Man schätzt, daß im Jahr 1930 etwa 800 Mill. weniger im Wohnungsbau investiert werden als im — ebenfalls schon ungenügenden — Durchschnitt der früheren Jahre. Auch die Kapitalversorgung der übrigen Wirtschaft wird empfindlich getroffen. Am verhängnisvollsten aber ist die in den beiden genannten Finanzierungsmethoden liegende Tatsache, daß die für die Tage des Alters und der Not angesammelten Kapitalien in unfruchtbare Ausgaben umgewandelt werden, statt daß sie in greifbaren Werten angelegt werden, deren Realisierungsmöglichkeit jederzeit gegeben ist. Mögen die Kredite auch privat-rechtlich selbstverständlich gesichert sein, so bleibt doch immer noch die große volkswirtschaftliche Gefahr. Laufende Ausgaben dürfen eben in einer folgerichtigen Finanzpolitik nicht durch Anleihen bestritten werden. Letztere dürfen nur aufgenommen werden, wenn der Verwendungszweck Verzinsung und Tilgung sicherstellt.

RM.; Sendelbach 100 RM.; 1928er: Wolfhag 120 RM.; 7. Kleverer, 1929er: Freudental 125 RM.; Hesselbach 110 RM.; Illental 110, 120 RM.; Durbach 150, 110, 120, 125 RM.; Oedsbach 110 RM.; Butschbach 120 RM.; Bottenau 115, 120, 125 RM.; Schloß Staufenberg 150 RM.; Zell-Weierbach 120 RM.; Sendelbach 105 RM.; 8. Weißer Bordeaux, 1929er: Durbach 180 RM.; 9. Rotweine, 1929er: Zell 120, 125, 130, 180 RM.; Fessenbach 120 RM.; Schloß Staufenberg 170 RM.; 1928er: Fessenbach 180 RM.; Zell 115, 150 RM.; Bottenau 145 RM.; Diersburg 180 RM.

II. Weine aus der Gegend von Achern und Bühl: 1. Weißwein, 1929er: Eisental 85 RM.; 2. Rotwein, 1929er: Affentaler 150 RM.; Bernhartshöhe 110 RM.; Laubstadt 110 RM.; Kanckel 110 RM.; 1928er: Kanckel 110, 160 RM.; Waldum 1 Liter-Flasche 2 RM.

III. Weine vom Kaiserstuhl und Breisgau: 1929er: Lilienhofer, gemischt 100 RM., Spätburgunder 150 RM., Sylvaner 180 RM., Traminer 180 RM., Riesling 220 RM.; Burkheim: Elbling 70 RM., Ruländer 85 RM.; Oberbergen: gemischt 85 RM.; Endingen: rot 68 RM.; Ihringen-Fahrenberg 85 RM.; Ihringen-Winkler 90 RM.; Ihringen: Riesling/Sylvaner 1 Liter-Flasche 1,70 RM.; Eichstetten: 53 RM.; Merdingen: 62 RM.; rot 94 RM.; Ballrechten: 62 RM.; Sulzburg-Schloßberg Gutedel 70 RM.; Oberrotweil-Eichberg 120 RM.; 1928er: Lilienhofer, gemischt 80 RM., Spätburgunder 140 RM., Riesling-Flasche 2 RM.; Burkheim: Elbling 70 RM., Ruländer 80 RM.; Endingen: rot 70, 72 RM.; Ihringen: Sylvaner 80 RM., Ihringen-Fahrenberg 85 RM., Ihringen-Winkler 90, 95 RM.; Eichstetten: 50 RM.; Merdingen: 63 RM.; Ballrechten: 80 RM.; Sulzburg-Schloßberg: Gutedel 3/4 Liter-Flasche 1,10, 1,50 RM.; Döttingen-Kastelberg: Gutedel, Spätburgunder, 3/4 Liter-Flasche 1,60 RM.; Rotweil: weiß 100 RM.; Oberrotweil: Edelwein 100 RM., weiß gen. 95 RM., Oberrotweil-Eichberg: 120 RM.

Der Markt war von rund 400 Personen besucht und stand damit gegenüber früheren Märkten nicht gerade nach. Käufe wurden auch getätigt, doch wurden solche nicht offiziell notiert, wie es früher zum großen Teil auch üblich war. Jedenfalls ist dem Wein gut zugesprochen worden und der ganze Marktverkehr entwickelte sich sehr lebhaft.

Weinversteigerung in Wachenheim am 11. März. Aus dem ehemaligen G. H. Schwan'schen Weingut Karstadt ließ heute Gutsbesitzer Fritz Müller-Wachenheim 7 Halbstück 1928er und 28 Halbstück 1929er naturreine Weißweine versteigern. Der Handel war sehr zahlreich vertreten, der auch alles, mit Ausnahme von vier Nummern, aufnahm. 1000 Liter erlösten: 1928er: 890 — 1030 — 1100 — 1260 — 1250 — 1290 — 1280. 1929er: 1100 — 1020 — 1070 — 990 (zurück) — 1080 — 1050 — 1000 — 980 — 1050 — 1000 — 1040 — 1030 — 1000 — 1000 — 1160 — 1160 — 1180 — 1180 — 1000 — 1000 — 1160 — 1090 (zurück) — 2630 — 1800 — 1650 (zurück) — 1490 — 1470 (zurück) — 1510.

# Karlsruher Nachrichten

Donnerstag, den 13. März 1930

## Leuzliche Erneuerung

Wenn in den Waldwipfeln drängende Knospen die letzten dünnen Raubwipfel austreiben, wenn den braunen Schollen der Felder das grüne Wunder der sprießenden Saat geschieht, wenn der Gärtner seine Beete reinigt und umpflanzet, um junge Pflänzchen zu pflanzen, wenn Krokus, Stiefmütterchen und Narzissen die ersten Blütenfäden entzünden, pflegt auch die leuzliche Erneuerung und Wandlung der Wohnung zu beginnen.

Wie der frohe Mann des Frühlings braucht mit kräftiger Bunge der Staubfänger über Teppiche, Säulen und Kissen. Von allen Wänden, aus allen Winkeln fegt er den Staub der Verschleusenheit. Die schwerbeinigen Möbel müssen sich aus ihrer lieben Ruhe aufrichten und in die frische Luft offener Fenster und Balkone hinauslassen. Narzisse, die in ihrer Erde alt geworden, wünschen sich nichts rascher, als dorthin zurück, andere begrüßen freudig ein Vertauschen der Plätze oder gar ein Wechsel des Zimmers. Ein Vertauschen der Möbel führt zu neuen Anschaffungen, die dem Charakter der Wohnung und dem Wohl der Bewohner entsprechen. Da und dort kommt ein Neuling hinzu, dessen schmuddel Karze herkömmlich Bemühen und Reiz der letzten Möbel erregt, weil eine Lieblingssache von ihm ausgeht, die den Charakter der Wohnung und dem Wohl der Bewohner entspricht. Da und dort kommt ein Neuling hinzu, dessen schmuddel Karze herkömmlich Bemühen und Reiz der letzten Möbel erregt, weil eine Lieblingssache von ihm ausgeht, die den Charakter der Wohnung und dem Wohl der Bewohner entspricht.

Gründlich, wie man einen Kinde der Schlummer aus den Augen wäscht, werden die Fensterflächen mit zirkelndem Leber gesäubert und hell gestrichelt, daß die Sonne keine anderen Spiegel zu finden braucht als die. Weiß und düster wie Märchenblüten leuchten die ausgemerzten Gardinen und Vorhänge. Mit strahlendem Anblick soll das Zimmer sich des Frühlinges freuen. Ueber die gemachten Ziele und den Umsatzbedarf der Wände gleitet rumpelnd der Bohrer, hupst leicht und geräuschlos der wollemechtige Klopff, Klang und Glanz der herabgerollten, als sollten nur beschwingte Tanzschritte in großzügigen Proportionen und Reizen darüber hinführen.

Bei der aufgeweckten Arbeitslärm dann noch nicht die widerwärtigen Geister des Winters austreiben können, wie eine ausgekühlte Dede, abgeblähte Wände ersetzen, müssen Läufer und Tapeten mit neuen Farben und Mustern herbei. Stundenlang legt man über das alte Musterbuch gebeugt und blättert und blättert, weil die Fülle die Wahl schwer macht. Soll der Grundton grün, blau, rot, orange, gelb oder weiß sein? Er soll zu den Möbeln und ihren Menschen passen. Er soll nichts Fremdes sein wollen. Das Heim muß wie die Kleidung seinem Träger, seinem Bewohner lieb sein.

Früher zog man öfters am ersten April um. Man wechselte Wohnung, Haus, Straße und Stadtbereich nicht nur um sich zu verbessern, sondern um das Glück des neuen Beginns zu erleben.

Das Heim zu einem neuen zu gestalten, ist die schönste Begründung des großen Frühjahrs-Spaßes. Im neuen Heim ein neuer Mensch zu werden.

Nägen die Läufer und andere Handwerker eine größere Reinigung und Umstellung der Möbel unermüdlich machen, je mehr es für sie zu tun gibt, um so größer wird die Wandlung sein, mit der die alte Wohnung beglückt.

Peter Bauer

## Die Polizei meldet

### Selbstverwundeter Unfall

Ein lediger 19 Jahre alter Mechaniker erlitt am Sonntag nachmittag am Raggersee zwischen Daxlanden und Pörsheim dadurch einen Unfall, daß er eine dort aufgefundenen Patronen durch Bersten mit Steinen zur Explosion brachte, wobei ihm ein Sprengstück in den linken Oberarm drang. Er wurde ins Städt. Krankenhaus aufgenommen.

### Diebstahl

Einen Rehring kam vorgestern nachmittag in der Kartierstraße vor einem Kinn sein Fahrrad abhandeln. — Dienstag nacht übernahm eine Polizeistreife zwei Radfahrer, wie sie sich in verdächtig Weise an dem Verkaufshäuschen gegenüber dem Landestheater zu schaffen machten. Angeht die Polizei schwangen sie sich auf ihre Räder und gingen in Richtung Eggenstein flüchtig. Offenbar hatten sie einen Einbruch vorgehabt.

### Einbruchdiebstahl

Am Sonntag nachmittag suchte ein Einbrecher eine Wohnung in der Kartierstraße in der Nähe des Karlsplatzes heim, wobei er deutsche Geld, verschiedene Münzen, von Viehhändler, Schweizer Papiere, ein Sparfassenbuch der Stadt, Sparkasse in Stuttgart, rot gestempelte 1000-Markcheine, Zeugnisse und Versicherungspolice, Uhren (darunter eine sogenannte Nürnberg Zwiebel), Ringe und Schmuckgegenstände im Wert von 1000 Mark erbeutete. Es handelt sich um denselben Täter, der am gleichen Nachmittage in der Weihenstraße zwei Einbrüche verübte. Er wird als ein 35 bis 40 Jahre alter, etwa 1,60 bis 1,65 Meter großer Mann beschrieben. Frecher Betrugsversuch.

In einem Laden der Georg-Friedrich-Straße versuchte ein unbekannter junger Burche ein Betrugsmanöver, indem er vorgab, er sei beauftragt, die Ladenkasse abzulösen. Gütlichweise verwweigerte die Inhaberin die Herausgabe, worauf sich der Burche damit herauszureden suchte, daß er nur Dummheiten hätte machen wollen.

### Gehtenommen

mürden seit Montag 24 Personen wegen versöhndeter strafbarer Sandlungen; am Dienstag allein 6 Personen wegen Bettels und Landstreicherei.

### Verkehrskontrolle

Am Dienstag gelangten 4 Motorradfahrer wegen Geräusch- und Rauchbelästigung zur Anzeige, ein Motorradfahrer, weil er nicht im Besitze eines Führerscheins war. Zwei von den beanstandeten Motorrädern mußten beschlagnahmt werden.

## Laufpfecher am Telefon

In diesen Tagen wurde uns in einem Telefonlaufpfecher eine Anekdote vorgeführt, die weitestgehend interzessieren dürfte. Die ganze Anlage besteht aus einem Laufpfecher, der mit einem 2-Nährnenwecker, geliebt von Akkumulatoren und Anodenbatterie, verbunden ist. In eine, zeitlich am Laufpfecher befindliche Gabel wird der Telefonhörer mit der Ohrmuschel eingehängt, und zwar so, daß die in der Ohrmuschel entzündenden Lampe von einem unmittelbar vor dieser befindlichen, besonders durchgehenden „Mikrophon“ aufgenommen und am Laufpfecher, dessen Klangzeit und Lautstärke richtig einzustellen sind, vergrößert wiedergegeben werden. Mit dieser Einrichtung hat man nun die Möglichkeit, zu einem Telefongespräch beliebig viele Zuhörer hinzuzuziehen, die Verhandlungen durch eine Stenotypistin aufnehmen zu lassen, Gespräche durch dritte Personen zu führen usw., damit können Mißverständnisse und Unstimmigkeiten vermieden werden. Nach

Auflegen des Hörers auf die Laufpfechergabel hat man die Hände völlig frei, man kann Notizen machen, die nachschlagen, ohne damit den Fortgang des Gesprächs zu stören. Die eigenen Worte werden durch die Sprechmuschel des Hörers in der üblichen Weise Laufpfecher abgenommen. Dies geschieht lediglich nach beendigtem Gespräch, dann wird der Hörer wieder auf die Gabel am Telefonhörer weitergeleitet, wobei es aber nicht notwendig ist, den Hörer vom apparat gelegt und damit die Verbindung unterbrochen.

## Die Sparkasse legt die Zinssätze herab

Die Größigung des Reichsbankdiskontes um  $\frac{1}{2}$  Prozent auf  $\frac{5}{2}$  Prozent hat auch die Stadt Sparkasse Karlsruhe veranlaßt, ihre Zinssätze herabzusetzen. Sparanlagen werden nur mehr mit  $\frac{6}{2}$  Prozent statt mit 7 Prozent verzinst. Es sei darauf hingewiesen, daß dieser Satz weit über dem liegt, den die Banken hergeben; letztere verzinsen täglich fällige Gelder nur mit  $\frac{3}{2}$  Prozent. Diese hohen Zinsen zahlt die Sparkasse einwärts aus Konkurrenzgründen, da sonst die Spargelder an die Banken herabgeholt werden würden, die noch die höheren Zinssätze aufrecht erhalten. Andererseits sind die Sparkassen auch in der Lage, höhere Zinsen zu zahlen, als die Banken, da sie eine ganz andere Politik in der Anlage der Spargelder verfolgen und verfolgen können. Die Sparkassen legen einen hohen Prozentsatz ihrer Einlagen in den hochverzinslichen Hypotheken an, was den Banken aus Liquiditätsgründen nicht möglich ist. Neuerdings werden die Spargelder auch in größerem Umfang für Kommunalgelder herangezogen. Den Zinssatz für Hypotheken hat die Stadt Sparkasse von  $\frac{8}{2}$  auf  $\frac{7}{2}$  Prozent herabgesetzt, den Zinssatz für Kontokorrentkredite von  $10\frac{1}{2}$  auf  $9\frac{1}{2}$  Prozent. Es bleibt also immer noch eine genügende Zinsspanne.

## Unrentable Milchhöfe

Der Milchhof der Einlaufgenossenschaft Kaiserer Milchhändler in Karfel ist mit 425 000 M. Verpflichtungen schon nach einem halben Jahre seit Beginn seiner Tätigkeit in Zahlungsschwierigkeiten geraten und freibt einen außergerichtlichen Vergleich an. Der Kaiserer Milchhof teilt damit das Schicksal anderer Milchbetriebe, die gumeist noch mit Hilfe von öffentlichen Geldmitteln in den letzten Jahren erstanden sind.

**Colosseumtheater.** Am kommenden Samstag, den 15. d. M., abends 8 Uhr gibt nach einem glänzenden Verlaufenen Gastspiel Wilhelm Miliowitsch mit seinem Ensemble die letzte Vorstellung. Zur Aufführung gelangt der große Zauberer „Der lustige Witzler“ sowie der zündende Militärschlager „Der Soldat der 3. Kompanie“. Miliowitsch, der ein Liebling des Karlsruher Publikums geworden ist, hat auch bei seinem jetzigen Gastspiel einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Miliowitsch reist das Publikum allabendlich zu wahren Beifallsstürmen hin. — Am Sonntag nachmittag, den 16. d. M., 4 Uhr findet bereits die erste Vorstellung des großen bunten Programms statt. Alles Nähere hierüber siehe Anschlagtafeln und die Anzeigen, die in den nächsten Tagen erscheinen.

## Praktische Verkehrspolitik

# Um die Autohöhenlinie Karlsruhe-Baden-Baden-Hochschwarzwald

Seit einiger Zeit ist die Frage der Durchführung einer Autohöhenlinie Karlsruhe-Baden-Baden über Ettlingen, Speyer, Badersbach, Freilshelm, Moosbrom, Michelbach, Gaggenau und Baden-Baden in den Hochschwarzwald in unterschiedlichen eingehend behandelt und auch von der Tagespresse mehrfach besprochen worden. Bekanntlich haben sich jetzt immer noch die „Blag“ und die „Albtal-Verkehrsgemeinschaft“ Ettlingen, gegen die Verwirklichung des Planes Einspruch erhoben. Um nunmehr ihren Bedenken erneut und nachdrücklich gegenüber zu treten, die Dringlichkeit der Erhaltung der Linie aus verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Gründen vor Augen zu führen und in der Angelegenheit endlich einen wichtigen Schritt vorwärts zu kommen, fand am vergangenen Dienstag den 11. März, in Moosbrom unter dem Vorsitz von Landrat Fritschler, Majors, eine Versammlung statt, die einen guten Verlauf aufwies.

Erschienen waren Vertreter der Stadt, der Oberpostdirektion und der Reichsbahndirektion Karlsruhe sowie des Karlsruher Verkehrsvereins, ferner der Landrat von Ettlingen, der Vorsitzende des Kreises Baden-Baden, und eine große Anzahl anderer an dem Projekt interessierter Behörden und Gemeindevorsteher. Die Teilnehmer an der Versammlung hatten vor Beginn der Verhandlungen Gelegenheit, die Teilfrage abzufragen, die von Gaggenau über Michelbach nach Moosbrom führen und deren Anbahnung noch besondere Kosten verursachen wird. Doch ist bestimmt damit zu rechnen, daß die Gelder hierfür von den Beteiligten bereitgestellt werden.

Besonders eingehend beschäftigte man sich mit der Weiterführung der Kraftpolinie von Ettlingen bis nach Karlsruhe, da Karlsruhe seine Beteiligung an den Kosten der Teilstrecke Gaggenau-Michelbach-Moosbrom aus logischen Gründen davon abhängig gemacht hat, daß die Linie von Ettlingen bis nach Karlsruhe fertiggestellt wird. Die Zwischenstrecke Ettlingen-Speyer-Schöllbrunn-Billersbach wird bekanntermaßen schon einige Zeit mit bestem Erfolg betrieben, sie hat sich gut eingebürgert und weist eine starke Frequenz auf.

Während diese Linie jedoch hauptsächlich dem Verkehrsbedarf der Albtalgemeinden von Ort zu Ort dient, handelt es sich bei dem vorliegenden Projekt um die Schaffung eines weiteren, notwendig gewordenen Anschlusses an die großen Schwarzwaldhöhenlinien für den Touristen- und Fremdenverkehr. Da sich zudem die Oberpostdirektion Karlsruhe mit der Einrichtung von Kraftpolinien durch den gesamten Schwarzwald bis hinein in die Schweiz befaßt,

würde nach Verwirklichung des Planes die badische Landeshauptstadt Karlsruhe in der Tat einen durchgehenden Schwarzwaldhöhenverkehr mit internationalen Anschlüssen erhalten.

## Gebt den Gefallenen Heimrecht!

Totenklage ist ein arger Totendienst. Wollt ihr eine Toten zu Gespenstern machen, oder wollt ihr uns Heimrecht geben? Es gibt kein Drittes für Herzen, in die Gottes Hand geschlagen. Gebt euren Toten Heimrecht, ihr Lebendigen, daß wir unter euch wohnen und weilen dürfen in dunklen und hellen Stunden. Gebt uns Heimrecht, wie wir es im Leben genossen haben! So läßt Walter Fleg den gefallenen Kameraden in nächstlicher Zwiegespräch beschwichtigend reden. Sind diese Worte zunächst an die Kameraden gerichtet, so gelten sie ebenso für den engeren Kreis der Angehörigen und den ganz großen Kreis aller Deutschen. Ihnen allen soll der Gedanke an das ungeheure Opfer der zwei Millionen seine Ruhe lassen, bis sie sich in ihrer Seele damit auseinandergesetzt haben. Dies ist auch der Sinn des Volkstrauertages. Den Gefallenen soll ihr Recht werden. Sie sollen unter uns weilen, heute und morgen und alle Tage in hellen und in dunklen Stunden. Ihre Gegenwart wird unserem Leben die rechte Richtung geben, sie wird in uns das Gefühl der Verantwortung wachhalten, die unsere Gefallenen mit ihrem Opfer und dem kommenden Geschlechte auferlegt haben. „Der reinen Brüder heil'ges Weiden reißt allmächtig uns aus eignen Sündenbänden.“ Wenn wir ihnen Heimrecht in unserer Seele geben, so wird es uns auch zur selbstverständlichen, heiligen Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihren irdischen Ueberresten die ihnen gebührende Ehre zuteil wird, so können wir einfach nicht anders, als dieser Pflicht nachzukommen. Wie leicht wiegt das, was wir wirken und opfern können, vor den Gefallenen Stätten das Gedächtnis zu bereiten, gegenüber dem, was sie für uns aufgaben und taten. Durch den Volkstrauertag will der Volkshund Deutsche Kriegsgräberfürsorge den Gedanken immer mehr wecken, daß wir unseren Gefallenen Heimrecht geben in unseren Herzen und draußen in fremder Erde. Ueberall, wo die deutsche Sprache klingt, im Inland und im Ausland, soll an einem und demselben Tage der Gefallenen und unserer Dankeschuld an sie gedacht werden. Je wichtiger und einbringlicher die Gedankenspiele am Volkstrauertag zum deutschen Volke sprechen, um so mehr deutsche Männer und Frauen werden sich auf ihre Pflicht gegenüber den teuren Toten begeben. Wenn wir so unseren Gefallenen Heimrecht geben, dann sind sie nicht umsonst gestorben! Gebenket aber der Mahnung Walter Fleg: „Sie starben nur für die, die für sie leben!“

## Karlsruhe als Kongress-Stadt

33. Jahrestag finden in der badischen Landeshauptstadt eine große Anzahl von Kongressen und Tagungen statt, deren Bedeutung durch den Charakter der großen Reichsverbände oftmals gesteigert ist. Auch in diesem Jahre, das auf fünfzig Gebieten hochwertige Veranstaltungen aufweist, sind für Karlsruhe, wie bereits teilweise bekannt gegeben wurde, mehrere Kongresse und Tagungen gesichert, die sich zeitlich hauptsächlich um den „Badener Heimtag“ gruppieren.

Zu diesen Kongressen kommt neuerdings die Anmeldung der Reichstagung der Sanitätskolonnen Deutschlands, die anlässlich des 60jährigen Jubiläums der Karlsruher Sanitätskolonnen am Samstag, den 19. und Sonntag, den 20. Juli d. J. in Karlsruhe abgehalten wird. Bei dieser Gelegenheit wird voraussichtlich ein Festzug aller deutschen Sanitätskolonnen durch die Stadt veranstaltet, es werden gegen 200 auswärtige Mannschaften zu dieser Reichstagung erwartet.

Die Einwände und Bedenken der Albtal-Verkehrsgemeinschaft wurden in der Besprechung größtenteils zerstreut. Der Verkehr von Karlsruhe nach Ettlingen und ins Albtal bis nach Fernwald auf der Albtalbahn wird durch die Eröffnung der Linie nicht oder kaum nachteilig beeinflusst, ja es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß durch dieses neue Verkehrsmittel neuer Verkehr herbeigeführt wird, der allen Anlieger-Gemeinden zugute kommt. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, daß die Ausführung des Projekts vor allen Dingen auch einer verkehrspolitisch praktischen Propaganda zur Erschließung der Schönheiten des nördlichen Schwarzwaldes gleichkomme, wovon die in Betracht kommenden Orte, die eine solche Verkehrserschließung sehr nocheinig gebrauchen könnten, ebenfalls profitieren würden, vornehmlich Moosbrom, das sich als aufblühender Ausflugs-, Erholungs- und Wallfahrtsort großer Beliebtheit erfreue.

Der durchgehende Verkehr ab und bis Karlsruhe soll zunächst nur an Sonn- und Feiertagen eingerichtet werden, und zwar im Anschluß an die wichtigsten im Hauptbahnhof Karlsruhe eintreffenden Züge, so daß ankommende Fremde Gelegenheit haben, sofort die Kraftpolinie in den Schwarzwald aufzunehmen. Die Albtalverkehrsgemeinschaft hat es übernommen, bei der „Blag“ auf Zurücknahme ihrer Einsprüche gegen das Projekt hinzuwirken. Das Badische Finanzministerium soll um möglichst baldige Konzessionierung der Strecke erucht werden, damit schon im

Monat Mai, mit dem Beginn der Fremdenaison, der durchgehende Betrieb eröffnet werden kann.

Wie wir hören, hat das Finanzministerium die Absicht, die Konzession zu erteilen, allerdings mit der Einschränkung, daß Fahrkarten für die Strecke Karlsruhe-Ettlingen beim durchgehenden Betrieb nicht gelöst werden dürfen, sondern nur solche für weitgehende Strecken, womit aber der Zweck der Einrichtung durchaus erreicht wird.

Die Durchführung der Autohöhenlinie Karlsruhe-Baden-Baden-Hochschwarzwald wird ein erster Erfolg in der weiteren verkehrspolitischen Entwicklung der badischen Landeshauptstadt und ihrer Nachbarstädte und -Orte, namentlich solcher des benachbarten Schwarzwaldes mit weittragender wirtschaftlicher Bedeutung sein. Darüber hinaus wäre dem Gebot der Stunde, dem unaufhaltbaren Fortschreiten des Kraftwagenverkehrs sowohl im Interesse des internationalen Touristen- und Fremdenverkehrs wie auch des Ansehens der deutschen Verkehrsmittel keinen Hemmschuh anzulegen, wieder einmal, wenn auch in bescheidenem Umfang, Genüge getan.

Den echten Aquastrella-Mantel

erhalten Sie nur bei der alleinig konzessionierten Verkaufsstelle

Rud. Hugo DIETRICH

Bezirksratsitzung

vom 11. März 1930.

Verwaltungsgerichtliche Sachen: Infolge Beurlaubung des Amtsrichters Herrn Landrat Dr. Bauer führten abwechselnd Herr Polizeipräsident Hauser und Herr Regierungsrat Dr. Nordmann den Vorsitz.

Verwaltungsgegenstände: Der Wirtin zum Wiener Hof wurde die Erlaubnis erteilt, in ihren Wirtschaftsräumen Singspiele abzuhalten. Für die Restaurationen Palmengarten und Borelet in Karlsruhe und Kaiserhof in Göttingen wurde den neuen Pächtern Konzession erteilt.

Der Bezirksrat wurde das von Herrn Math. Kühn, Regierungsrat im Ministerium des Innern, neu herausgebrachte Werk: Der Bezirksrat, seine Rechte und Pflichten für den Dienstgebrauch verabschiedet.

Der Bezirksrat, seine Rechte und Pflichten

Der Umbruch der politischen Verhältnisse brachte 1918 dem deutschen Volke nicht nur eine Reihe politischer Freiheiten und Rechte, sondern legte ihm auch, in weit höherem Maße als dies im alten Obrigkeitsstaate der Fall war, eine Bürde von Pflichten auf.

In drei Hauptpunkten behandelt der Verfasser in Klarheit und Heberförmlichkeit alle auf den Bezirksrat bezüglichen Gesetze und Verordnungen.

- 1. Die Wahl der Mitglieder des Bezirksrates.
2. Das Bezirksratskollegium in seiner Tätigkeit als Verwaltungsgericht erster Instanz (Erhebung der Klage, Terminbestimmung, mündliche Verhandlung, Urteil, Rechtsmittel, Zwangsvollstreckung) sowie in seiner Mitwirkung bei der staatlichen Verwaltung.
3. Die Tätigkeit der einzelnen Bezirksratsmitglieder in ihren Verhältnissen.

In einem Anhang sind auszugswweise behandelt: Die Kreisverordnungen über die Fürsorgepflicht und die badische Ausführungsverordnung hierzu, ferner die Regeln für Genehmigung bzw. Erlaubnis zum Betrieb von Wirtschaften und gewerblichen Anlagen, sowie die Gebührensätze der Bezirksratsmitglieder.

An ihm werden alle Bezirksräte, Gemeinden, Politiker und politisch Interessierte nicht vorüber gehen können, weil es das „Compendium“ des Bezirksrates darstellt, das auch dem Studenten der Rechtswissenschaft eine Reihe erforderlicher Kenntnisse vermittelt.

Vielleicht könnte sich der Verfasser entschließen, über den Kreisrat in ähnlicher Zusammenfassung eine Schrift zu veröffentlichen. Im Herbst d. J. finden die Wahlen zu den Bezirks- und Kreisräten statt.

Mit Kurt Hiescher durch Südflawien

Lichtbildervortrag im Badischen Kunstverein.

Kurt Hiescher's Südflawienbuch ist bekannt. Es sind darin Photographien von einem malerischen Reis, wie sie nur so ein begabter Kenner auf der Kamera und Künstler wie Kurt Hiescher auf das Photographenpapier bannen kann.

Jahreskarten für den Stadtgarten. Wir machen unsere Leser auf die im Angeheile unserer Zeitung erscheinende Bekanntmachung des städtischen Gartenamtes aufmerksam.

Was man auch lernen muß:

Die hauswirtschaftliche Tätigkeit

Der natürlichste Beruf der Frau

Alltagsarbeit erfüllt das Leben der meisten Frauen. Diese Alltagsarbeit war bis vor wenigen Jahrzehnten als selbstverständlicher Frauenanteil ganz der häuslichen Überlieferung und dem gesunden Menschenverstand überlassen.

Immer gab es stille Tragödien der häuslichen Arbeit. Der stumme vergebliche Kampf der ändernden Frau gegen die Endlosigkeit der Arbeit, die ihre Gesundheit und Nervenkraft vorzeitig verbrauchte, hat erst in letzter Zeit in der Sozialforschung vom Standpunkt der Fürsorge aus eingehende Behandlung gefunden.

Mit dem Geist des neuen Haushalts erregt die Frau den Schlüssel zur Besserung des Lebens, dringt vor zum Wesentlichen in sich selbst. Sie ist als Ehefrau die Gefährtin und Kameradin des Mannes, verantwortungsbewußte Konsumentin, mitleidende Staatsbürgerin, ihren Kindern Vorbild, Führung und Halt.

Die Kulturarbeit an sich im Hauswesen ist nicht die geräuschlose Führung und die reibungslose Funktion dieses Apparates. Dies ist nur Vorbereitung und verlangt theoretisches und praktisches Wissen, positives Können, Tüchtigkeit und Schulung, um mit einem Mindestmaß an Geld, Zeit und Kraft, Höchstmaß an Leistung zu erreichen.

Heute muß die Berufsausbildung der Tochter so selbstverständlich ins Auge gefaßt werden, wie die des Sohnes. Es bedeutet aber im Frauenleben ein tragisches Schicksal, wenn das Mädchen ein m. Erwerb, hat ein Beruf sich zuwenden muß.

Ortspolizeiliche Vorschriften

Zu wenig dürfte dem Karlsruher Bürger bekannt sein, daß bis jetzt etwa 70 ortspolizeiliche und etwa 15 bezirkspolizeiliche Vorschriften über seine polizeilichen Rechte und Pflichten bestimmen.

Der Auf der Zeit nach Nationalisierung hat die Stadtverwaltung und die Polizeidirektion gemacht, hier Ordnung zu schaffen. In mühselloser zweijähriger Arbeit schufen die beiden Stellen ein neues örtliches Polizeirecht, sämtliche vor dem 1. April 1929 erlassenen ortspolizeilichen Vorschriften, Anordnungen und Bekanntmachungen — mit Ausnahme der Bauordnung und der Wohn- und Schlafstellenordnung — wurden aufgehoben und an ihre Stelle neue Vorschriften gesetzt.

Die neuen Vorschriften sind in einem vom Oberbürgermeister und Polizeidirektor gemeinsam herausgegebenen Buch „Ortspolizeirecht der Landeshauptstadt Karlsruhe“ enthalten.

Im Jahre 1907 hat der damalige Polizeispektor Hollerbach eine ähnliche Arbeit herausgegeben, die ebenfalls das gesamte Ortspolizeirecht Karlsruhes umfaßte.

Als einen Schritt vorwärts darf es bezeichnet werden, daß bei der Arbeit die in Betracht kommenden Behörden, die Stadtverwaltung, die Polizeidirektion und nicht zuletzt der Landeskommissar und das Ministerium des Innern in vorbildlicher Weise und unter Heberwindung aller bürokratischer Hemmnisse zusammengewirkt haben.

Karlsruher Ständebuch-Auszüge

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 10. März: Johann Kiefer, ledig, Hilfsarbeiter, 42 Jahre. Kuppert. — Otto Waldenberger, Chem., Kaufmann, 63 Jahre, Bahngürtel. — 12. März: Viktor Saatz, Wirt, Kaufmann, 41 Jahre. 14. März, 14 Uhr

Ein Beruf ist für die Frau geeignet, wenn sie darin ihre einfließenden teilnehmenden Kräfte, ihr Frauentum und ihre Mütterlichkeit auswirken kann.

Da bietet sich dem Mädchen in ihrem eigenen Wirkungskreis eine Berufsmöglichkeit, die zugleich beste Vorbereitung für künftige eigene Hausführung ist und zwar die „gelernte“ Berufsausbildung in der Hauswirtschaft.

Die berufliche hauswirtschaftliche Ausbildung erhält ihre Grundlage in der hauswirtschaftlichen Lehre. Diese dauert, nach vierwöchentlicher Probezeit, zwei Jahre und wird abgeschlossen auf Grund eines Lehrvertrages, der die Rechte und Pflichten der Lehrfrau und des Lehrhelfers regelt.

Ferner kann anstelle obiger Ausbildung in einem einjährigen Lehrgang in Form von Meisterkursen die Meisterprüfung erreicht werden. Als dritte Möglichkeit besteht der Besuch des Haushaltungslehrenseminars, und zwar nach fünfjähriger, praktischer, bezahlter Tätigkeitszeit.

Die Lehrfrau verpflichtet sich, den Gehalt in allen hauswirtschaftlichen Arbeiten zu unterweisen und ihn gründlich und zweckmäßig auszubilden, ferner dem Mädchen elterliche Fürsorge zuteil werden zu lassen und ihm Zeit zum Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes zu gewähren.

Das Lehramt verpflichtet sich, die Lehrfrau Gehör zu erweisen, ihr und den übrigen Hausgenossen mit Achtung zu begegnen und die übertragenen Arbeiten gewissenhaft auszuführen.

Der Kath. Frauenbund hat es sich zur Aufgabe gemacht, innerhalb seines Bereiches Lehrfrauen bereit zu stellen, die sich der gewissenhaften Ausbildung von häuslichen Lehrlingen unterziehen.

Die moderne Lebensführung zu durchdringen mit dem Geist der christlichen Mütterlichkeit und weiterzugeben an die kommende Generation ist Sinn und innerer Wert der häuslichen Lehre.

Luise Anzlinger.

Neuzeitliche Lichtreklame

Herr Dipl.-Ing. W. Richter-Berlin führte über das Thema „Neuzeitliche Lichtreklame“ in der Lichtreklamengesellschaft Karlsruhe eine folgendes an: Eines der bedeutendsten Mittel der modernen Werbung ist das künstliche Licht, dessen Erscheinungs- und Wirkungsmöglichkeiten vielfältig und eindrucksvoll sind.

Die Hauptgesichtspunkte, die in lichtreklamemäßiger Hinsicht bei der Projektierung von Lichtreklameanlagen berücksichtigt werden müssen, sind die Höhe und Gleichmäßigkeit der Leuchtdichte über der Leuchtschilde, die Höhe und die erforderliche Größe der Leuchtschilde, die Höhe über der Leuchtschilde, die heute bei neueren Unternehmungen, die über diese Fragen in der letzten Zeit durchgeführt wurden.

Ueber die Leuchtdichtewerte, die heute bei den verschiedenen Lichtreklamearten üblich sind, wurden genaue Zahlen mitgeteilt. Bei der Beurteilung der Gleichmäßigkeit der Beleuchtung auf Reklameschildern ist ganz allgemein die Verteilung von Interesse, daß eine beleuchtete Fläche von allmählichem Leuchtdichtebereich bereits gleichmäßig hell erscheint, wenn die Leuchtdichte bzw. die Beleuchtungsstärke noch ungleichmäßig ist.

Durch ein 50-Pfennig-Los eine Dreizimmereinrichtung im Wert von RM. 5500.—. Bekanntlich bringt die gegenwärtig gespielte große Wohlfahrtslotterie „Große Kindheit“ als 2. Hauptgewinn eine prächtige Dreizimmereinrichtung, Wert RM. 5500.—.

Die heftige Verkaufsfelle der Süddeutschen Möbelindustrie Gebirder Crejger, Kaiserstraße, zeigt nun in diesen Tagen ein recht geschmackvolles Speisezimmer in Buchbaum, das in sehr modernen Formen gehalten ist und mit der Dreizimmereinrichtung ausgespielt wird.

Man ist im Augenblick darüber mit Recht erstaunt, wenn man hört, daß man eine schöne Dreizimmereinrichtung von solchem Werte mit nur 50 Pfa. in der „Großen-Kindheit“-Lotterie gewinnen kann.

..... auch an Konservengemüse MAGGI'S Würze

Schon wenige Tropfen genügen



